# Posener Tageblatt






**Bezugspreis:** In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rml. Einzelnummer 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —






**Anzeigenpreis:** Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).





70. Jahrgang | Mittwoch, 28. Oktober 1931 | Nr. 248.


# Grandi bei Hindenburg

Der italienische Außenminister Grandi wurde Montag vormittag um 11 Uhr vom Reichspräsidenten empfangen. Am Palais in der Wilhelmstraße waren die üblichen Absperrungen vorgenommen worden. Kurz vor 11 Uhr fuhr das Botschaftsauto mit der italienischen Flagge vor dem Portal des Reichspräsidenten-Palais vor. In der Begleitung Grandis befanden sich Botschafter Orsini-Baroni und Legationsrat Thomsen vom Auswärtigen Amt. Während der Doppelposten der Reichswehr präsentierte, begab sich Grandi in das Innere des Palais, wo ihn Staatssekretär Dr. Meißner empfing, um ihn zum Reichspräsidenten zu geleiten.

Der Besuch dauerte genau eine halbe Stunde. Staatssekretär Dr. Meißner begleitete Grandi zum Wagen, mit dem er ins „Hotel Esplanade" zurückkehrte, nachdem er sich am Portal des Reichspräsidenten-Palais noch den zahlreichen Kameraleuten zu einer Aufnahme zur Verfügung gestellt hatte.

Die Zahl der Schaulustigen in der Wilhelmstraße hatte sich inzwischen vergrößert, und als das italienische Botschaftsauto aus dem Vorgarten des Reichspräsidenten-Palais rollte, erhoben sich viele Hände zum Faschistengruß.

*

Um 12 Uhr holte dann Reichskanzler Dr. Brüning seinen Gast zur Fahrt nach Potsdam ab und in weiteren Kraftwagen folgten Frau Grandi mit Frau v. Schubert sowie das italienische Gefolge und die deutschen offiziellen Vertreter, darunter Staatssekretär Dr. Pünder, Staatssekretär Dr. Weißmann, beide mit ihren Damen, sowie Staatssekretär v. Bülow und das italienische Botschafterpaar. Ueber die Avus und Wannsee ging die Fahrt nach Potsdam und an dem am Obelisk gelegenen Eingang zum Park Sanssouci. Um 1.30 Uhr kehrten die Teilnehmer an dem Ausflug nach Potsdam zum Hotel „Zum Einsiedler" zurück, wo in einem besonderen Raum ein Frühstück zu 26 Gedecken gerichtet war.

Da Dr. Brüning und Minister Grandi während der Fahrt allein den Wagen des Reichspräsidenten benutzten, bot sich ihnen während des mehrstündigen Ausfluges ausgiebig Gelegenheit, den vertraulichen Gedankenaustausch von Sonntag fortzusetzen.

*

**Nachmittags 5 Uhr wurden die politischen Besprechungen zwischen den italienischen und deutschen Staatsmännern fortgesetzt. Sie begannen Sonntag mit einer fast einstündigen Aussprache zu dreien, an der nur Reichskanzler Dr. Brüning, Minister Grandi und der italienische Botschafter beteiligt waren.**

Die Besprechungen sollen in größerem Kreise fortgeführt werden und werden sich wahrscheinlich auch auf wirtschaftliche Fragen erstrecken. Bisher sind vorwiegend die großen, beide Völker berührenden politischen Fragen erörtert worden, die sich aus der jetzigen Weltlage ergeben. Es ist begrüßenswert, daß hierbei weitgehende Uebereinstimmung festgestellt werden konnte. Diese Uebereinstimmung ist im Hinblick auf die Ereignisse in Washington besonders bemerkenswert. Sie wird unterstrichen durch die Sonntagsrede Mussolinis.

# Gespräche in Washington

## Eine unwahrscheinliche Unterhaltung

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

**Warschau, 27. Oktober.**

**Die amtliche polnische Telegraphen-Agentur veröffentlicht eine Meldung über eine Unterredung, die zwischen dem polnischen Botschafter in Washington Filipowicz und dem Senator Borah stattgefunden haben soll. Am Sonntag fand in der französischen Botschaft zu Ehren Lavals eine Veranstaltung statt, auf der auch Filipowicz und Borah anwesend waren. Der Botschafter Filipowicz soll der Meldung der polnischen Telegraphenagentur zufolge den Senator Borah Glück gewünscht haben zu seiner Zivilcourage, die er bei seiner Unkenntnis der tatsächlichen Dinge in Zentraleuropa gezeigt habe. Gleichzeitig soll er den Senator Borah darauf aufmerksam gemacht haben, daß seine Erklärung, die schon sehr aufgeputschten nationalistischen Elemente Europas weiterhin anfeuern würde zu einem bewaffneten Auftreten gegen die eigenen Nachbarn. Senator Borah soll bezweifelt haben, daß seine Worte in Europa zur Störung des Friedens beitragen könnten, soll sich jedoch, die wie amtliche polnische Telegraphen-Agentur berichtet, damit einverstanden erklärt haben, daß sein Wissen über den tatsächlichen Zustand in Polen und bei den Nachbarn Polens völlig unzulänglich wäre.**

Diese sehr merkwürdig klingende Meldung wird inzwischen von der **„United Preß"** wie folgt dargestellt: Senator Borah hat, um Mißverständnisse zu vermeiden, bezüglich seiner Unterredung mit dem polnischen Botschafter über den Korridor eine Erklärung abgegeben. Er erklärt, daß sein kollegiales Gespräch mit dem polnischen Botschafter auf einem Bankett zu Ehren Lavals stattgefunden habe. Der polnische Botschafter hätte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß sein Auftreten vom Freitag die Anhänger Hitlers zu einem bewaffneten Ueberfall auf Polen anfeuern könnte. Borah habe geantwortet, daß nicht seine Rede, sondern das Bestehen des polnischen Korridors eine solche Anfeuerung bedeute. Polen könne alle derartigen Komplikationen vermeiden durch Abschaffung des Korridors. Der polnische Botschafter erklärte sich daraufhin bereit, den Senator Borah mit weiteren Informationen in dieser Angelegenheit zu dienen. Borah unterstreicht in seiner Erklärung mit Nachdruck, daß die ganze Unterhaltung einen rein gesellschaftlichen Charakter trug und an ihr auch der Gesandte der Tschechoslowakei teilgenommen habe.

Die polnische Presse wirkt inzwischen auf die öffentliche Meinung des Inlandes ein, um zu beruhigen durch die Erklärung Lavals, daß eine Unterhaltung über den Korridor nicht geführt wurde. Lediglich der **„Kurjer Warszawski"** ist weiterhin beunruhigt und zitiert in einer Pariser Meldung verschiedene französische Pressestimmen, die darauf hinwiesen, daß man in Frankreich den Standpunkt Borahs längst nicht so entschieden ablehnt, wie es von Polen gewünscht würde. Selbst der **„Temps"** übergehe die Aeußerungen Borahs vollkommen. Der außenpolitische Redakteur des „Temps", der seine Informationen **vom „Quai d'Orsay"** hätte, hätte merkwürdigerweise geäußert, daß es „vorläufig" nicht um Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages ginge, sondern daß dies auf dem Wege gewöhnlicher diplomatischer Verhandlungen in engem Einvernehmen mit den interessierten Staaten geschehen müsse. Der **„Kurjer Warszawski"** fragt beunruhigt, was eine solche Aeußerung bedeuten solle.

## Protest

Die Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung über einen polnischen Protest gegen die Erklärung des Senators Borah:

„Auf Betreiben der Kommission für internationale Zusammenarbeit polnischer sozialer Vereinigungen ist am Montag an den Staatssekretär Stimson eine von etlichen 10 polnischen Organisationen und Vereinigungen unterzeichnete Depesche gerichtet worden. Diese Depesche lautet: **Die unterzeichneten polnischen Organisationen, die am internationalen Leben teilnehmen und in ihren Reihen Personen jeglicher politischer Ueberzeugung vereinigen, erklären: „Mit Erstaunen haben wir die dieser Tage abgegebene Erklärung des Senators Borah gelesen. Wie die Presse meldet, soll er gesagt haben, daß Polen auf das polnische Pommerellen verzichten müsse, das er einen Korridor nennt, das aber Polen als Wiedergutmachung eines historischen internationalen Verbrechens zurückerstattet wurde. Wir machen Eure Exzellenz auf die Tatsache aufmerksam, daß solche Erklärungen das Gerechtigkeitsempfinden verletzen, den guten Beziehungen zwischen den Völkern Europas schaden und das zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nötige Vertrauen untergraben. Solch unbedachtes Auftreten schwächt die Respektierung internationaler Verpflichtungen, auf die sich der Frieden stützt, und bildet ein Hindernis in der Abrüstung, indem es zu gefährlichen Konflikten beiträgt. Wir halten es für nötig, mit Nachdruck die der Weltmeinung hinlänglich bekannte Tatsache zu betonen, daß sich das polnische Volk, das überaus friedlich gesinnt ist, niemals mit einer Antastung seiner heiligen Rechte und auch nicht mit Gebietshändeln auf Kosten der polnischen Bevölkerung einverstanden erklären wird. Wir hegen die Ueberzeugung, daß Polen zum Schutze der Gerechtigkeit voll und ganz auf die bekannte Loyalität des großen und edlen amerikanischen Volkes rechnen kann, von der es so zahlreiche Beweise besitzt."**

Diese Depesche ist u. a. von folgenden Organisationen unterzeichnet: Föderation der polnischen Völkerbundsvereinigungen, Polnische Vereinigung der Friedensfreunde, Polnisches Komitee zum Schutz des Friedens durch Respektierung der Verträge, Westmarkenverein, Institut der Zusammenarbeit mit dem Auslande, Penklub, Föderation der polnischen Verbände der Vaterlandsverteidiger, Kommission der internationalen Zusammenarbeit der polnischen sozialen Vereinigungen, Verband der polnischen Lehrerschaft.

## Alles auf einen Blick:

Gestern wurde die Anklageschrift im Brestprozeß verlesen. Dies dauerte vier Stunden und versuchte die Darstellung der staatsfeindlichen Tätigkeit der Oppositionsparteien.

*

Grandi ist von Hindenburg empfangen worden. Auf einem Bankett sind zwischen Brüning und Grandi besonders herzliche Trinksprüche gewechselt worden.

*

Mussolini hat am Sonntag eine Rede gehalten, die den Besuch Grandis in Berlin und seine Bedeutung besonders stark und wirkungsvoll betont.

*

Die polnische amtliche Telegraphen-Agentur veröffentlicht eine Unterredung zwischen Borah und dem polnischen Botschafter. Die „United Preß" gibt eine etwas andere Darstellung über diese Unterredung.

*

Die polnische Presse spricht besonders heftig gegen Borah. Ein Protesttelegramm verschiedener großer Verbände ist an Stimson abgegangen.

*

Der „Graf Zeppelin" ist auf der Heimfahrt begriffen und hat mit sehr schweren Gegenstürmen zu kämpfen. Er fährt nur mit einer Stundengeschwindigkeit von 32 Kilometern.

## Sie müssen lesen:



## Heute Beilage „Recht und Steuern"

# Tragödie der Not

Eine erschütternde Familientragödie, die den Tod von vier Menschen zur Folge hatte, wurde Freitag vormittag in einem Hinterhause in der Kadiner Straße im Osten Berlins entdeckt.

Der Vater des 25jährigen Arbeiters Kurt Loge wollte seinen Sohn, der im Hause Kadiner Straße Nr. 6, Hof 2 Treppen wohnt, besuchen und fand trotz mehrfachen Klopfens keinen Einlaß. Er schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Polizei, die mit Unterstützung der Feuerwehr die Wohnung gewaltsam öffnete. Dort bot sich den Eintretenden ein schreckliches Bild. Man fand die 27 Jahre alte Frau und ihre beiden Kinder im Alter von vier Jahren bzw. sieben Monaten tot auf, während der Mann sich erhängt hatte. Die Frau und der älteste Sohn wiesen schwere Kopfwunden auf.

Nach dem ersten Befund der Leichen ist anzunehmen, daß die Frau und das älteste Kind schon am vergangenen Dienstag ermordet sein müssen. Das sieben Monate alte Söhnchen hatte keine Verletzungen, und es ist wahrscheinlich, daß das Kind verhungert ist. Außerdem wurde festgestellt, daß sich der Mann erst in der Nacht zum Freitag erhängt haben muß.

Der Grund zu der Tat ist in wirtschaftlicher Not zu suchen. Der Arbeiter Loge war schon längere Zeit ohne Erwerb und war auch mit der Zahlung der Miete im Rückstand geblieben. Auch andere Zahlungsverpflichtungen, die er nicht erfüllen konnte, haben ihn mit zu seinem Verzweiflungsschritt getrieben.

# Der Staatspräsident in Oberschlesien

**Warschau, 27. Oktober.**

Gestern ist der Staatspräsident aus Warschau abgereist, um sich auf sein Schloß nach Wisla in Oberschlesien zu begeben. In der nächsten Zeit wird dort in den Wäldern der Herrschaft Teschen die traditionelle Repräsentationsjagd stattfinden. Der Staatspräsident wurde in Kattowitz von Vertretern der Staatsbehörden und Kommunalbehörden begrüßt.

# Was will Japan in der Mandschurei?

Von Axel Schmidt

Wer die Zusammensetzung der Bevölkerung in der Mandschurei kennt, wird veranlaßt zu fragen, warum Japan immer wieder militärische und politische Vorstöße nach der Mandschurei unternimmt. Trotzdem die Tokioter Regierung in den letzten 25 Jahren der eigentliche Herr in der Mandschurei gewesen ist, nimmt die chinesische Bevölkerung dort stark zu. Ueber eine Million Chinesen siedeln sich jährlich aus den übervölkerten Zentralprovinzen Chinas in diesem menschenleeren Gebiet an. Insgesamt leben jetzt bereits in der Mandschurei 30 Millionen Chinesen, während es in der Mandschurei Japaner noch keine Million gibt. Von diesen sind dazu die Mehrzahl Beamte, Händler oder Angestellte japanischer Unternehmungen. Da die Einwanderung der Chinesen noch weiter ständig zunimmt, während sich der an das mildere Seeklima gewöhnte Japaner mit dem rauhen Kontinentalklima der Mandschurei nicht abfinden will, ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem sich die Mandschurei dem Volksbestande nach dem übrigen China angegliedert haben wird.

Wenn Japan trotzdem nicht nur an dem Besitz der Südmandschurischen Bahn festhält, sondern jetzt auch drauf und dran ist, dort seine Position zu verstärken, so muß dies andere, und zwar sehr schwerwiegende Gründe haben. Der Schlüssel zu dieser Frage liegt in dem Reichtum von Rohstoffen, die in der Mandschurei vorhanden sind. Der Erwerb von Rohstoffen aber ist für Japan schlechthin lebenswichtig. Japans nicht unbedeutende Industrie, die allein in der Lage ist, die übervölkerten japanischen Inseln zu ernähren, besitzt im eigenen Lande weder Eisen- noch Kohlengruben. Gewiß hat Japan mit China eine Reihe fester Abmachungen über den Bezug von Kohle und Eisen aus japanischen Gruben auf chinesischem Territorium, aber man kennt die Mentalität des Militärs, die womöglich über eigene Bezugsquellen für die Kriegsindustrie verfügen will. Daher erklärt sich das Bestreben des japanischen Militärs, die Mandschurei ganz in Besitz zu nehmen. Die Kohlengruben von Fushun liefern bereits viele Millionen Tonnen Kohle. Ebenso befindet sich dort ein modern eingerichteter Betrieb zur Destillation von Benzin. Schon jetzt wird die Hälfte des japanischen Benzins von der Mandschurei geliefert. Ebenso wichtig für Japan sind die Eisenbergwerke von Ashan, die die japanische Eisenindustrie mit Eisenerzen versorgen. Um diese Stoffe in der Mandschurei gewinnen zu können, hat Japan rund acht Milliarden Yen in der Mandschurei investiert. Es handelt sich also nicht nur um bedeutende japanische Kapitalien, sondern auch darum, daß die japanische Industrie sonst bei dem Bezug ihrer Rohstoffe auf den guten Willen Chinas angewiesen wäre. Gewiß spielt bei dem Vorgehen Japans auch die Frage der chinesischen Umgehungsbahnen eine nicht unbedeutende Rolle. Der Südmandschurischen Bahn, die bekanntlich in japanischen Händen liegt, machen zahlreiche von Chinesen und Ausländern gebaute Bahnen nicht geringe Konkurrenz. Desgleichen will Japan schon lange die Konzession zur Verlängerung der Zweigbahn Tschantschung—Girin bis zur Küste erhalten, um die mandschurischen Rohstoffe auf direktem Wege nach Japan transportieren zu können.

Während sich Europa und Amerika für

die Entwicklung des Konfliktes um die Mandschurei auf das lebhafteste interessieren, nahm die Sowjetpresse bisher von den Streitigkeiten in der Mandschurei nur wenig Notiz. Das war um so auffälliger, als Rußland in der Nordmandschurei nicht geringe Interessen besitzt. Noch jetzt ist nämlich der Teil der Sibirischen Bahn, der durch die Nordmandschurei führt, im gemeinsamen Besitz von Sowjetrußland und China. Jetzt endlich hat das russische Militärblatt „Kraßnaja Swesda" längere Ausführungen zum japanisch-chinesischen Konflikt gemacht:

„Anfänglich hatte der japanische Generalstab unzweifelhaft die Ansicht, die Intervention über die Grenzen der Südmandschurei hinauszustoßen. Schließlich hat aber die Furcht vor einem Druck Amerikas dem bedächtigeren Ministerpräsidenten die Möglichkeit gegeben, die weitfliegenden Pläne des japanischen Militärs abzustoppen. Niemand soll sich jedoch durch die jetzt verkündeten Zurückziehungen japanischer Truppen täuschen lassen. Inzwischen haben nämlich die Japaner sämtliche in der Mandschurei stehenden chinesischen Truppen entwaffnet. Die Japaner können daher ruhig jetzt die Geste der Zurückziehung ihrer Truppen machen, zumal sie ja sowieso das Recht besitzen, eine nicht geringe Truppenzahl als Bahnwache zu halten."

Wie groß die Macht Japans in der Mandschurei ist, geht auch daraus hervor, daß der nominelle Machthaber der Mandschurei Tschang Tse Liang es nach der Ermordung seines Vaters, des Marschalls Tschang Tso Liang — die öffentliche Meinung Chinas schrieb das Bombenattentat auf diesen Mann japanischen Emissären zu —, es vorzieht, in Peking, also außerhalb der Mandschurei, zu leben. Die Meldung japanischer Blätter, nach der sich in der Mandschurei Bestrebungen bemerkbar gemacht hätten, unter Bruch jeder Beziehung zum übrigen China mit dem japanischen Militär zu einer Verständigung zu kommen, deutet darauf hin, daß die militärische Führung Japans drauf und dran ist, dort separatistische Bestrebungen zu entfachen.

Die „Kraßnaja Swesda" behauptet, daß das japanische Militär die folgenden Forderungen durchsetzen will:

1. Endgültige Besitzergreifung der Südmandschurischen Bahn und der Kwantung-Halbinsel durch Japan.

2. Bau mehrerer Eisenbahnen von Tschantschung in die innere Mongolei, die Kontrolle über alle chinesischen Bahnen und Häfen, die mit der Südmandschurischen Bahn konkurrieren. Aufhebung der chinesischen Ausfuhrzölle für mandschurische Kohle und Eisenerze und der chinesischen Einfuhrzölle für japanische Waren.

3. Das Recht auf Ansiedlung von Japanern in der inneren Mongolei und das Recht, in der Mandschurei und Mongolei Land zu pachten.

Das sind nach Ansicht des russischen Militärblatts die Forderungen, die Japan jetzt durchsetzen will. Davon unberührt aber bleibt die Frage, ob Japan auf die Dauer dieses sein wirtschaftliches Interesse gegenüber dem geopolitischen der Chinesen durchsetzen kann. Denn, noch kann die Mandschurei, die doppelt so groß ist wie Deutschland, viele Millionen von Chinesen aufnehmen. Hierdurch wird sich naturgemäß das Verhältnis zwischen Japan und China von Jahr zu Jahr verschlechtern, und schließlich wird die Mandschurei dem einmal geeinten China dennoch zufallen. Freilich wird bis dahin noch viel Wasser den Gelben Fluß herabfließen.

## Ablehnung eines pommerellischen Wahlprotestes

Warschau, 27. Oktober.

Gestern hat das Oberste Gericht in Warschau über einen von einer polnischen Liste aus Pommerellen eingebrachten Wahlprotest verhandelt. Der Protest wurde nach kurzer Verhandlung als unbegründet abgelehnt.

## „Graf Zeppelin"

**Das Luftschiff „Graf Zeppelin" befand sich auf seinem Rückfluge von Südamerika heute morgen um 5 Uhr vor der Westküste Portugals. Das Luftschiff hatte um diese Zeit mit starken Gegenwinden zu kämpfen. Es flog mit 32 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde.**

Friedrichshafen, 27. Oktober. **Der „Graf Zeppelin" befand sich um 5 Uhr auf 40,55 Nord und 11,20 West. 20 Meilen Geschwindigkeit, arbeitet mit schweren Gegenwinden.**

# Trinksprüche

## Brüning und Grandi

Reichskanzler Dr. Brüning gab zu Ehren des italienischen Ministers des Aeußern Grandi und seiner Begleitung ein Abendessen, zu dem die Mitglieder des Reichskabinetts, der Doyen des diplomatischen Korps, der italienische Botschafter, der Präsident des Reichstags, Vertreter des Reichsrats, sowie einige Mitglieder des Reichstags und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Presse geladen waren. Während des Essens brachte

**Reichskanzler Dr. Brüning**

folgenden Trinkspruch aus:

Herr Minister! Im Namen der Reichsregierung heiße ich Euere Exzellenz in unserer Hauptstadt herzlich willkommen und bitte Sie, unsern Willkommgruß auch Ihrer Exzellenz Frau Grandi übermitteln zu wollen. Ihr Besuch, Herr Minister, ist für uns alle eine um so größere Freude, als er die erwünschte Gelegenheit gibt, den vor kurzem bei unserm Besuch in Rom eingeleiteten politischen Gedankenaustausch fortzusetzen. Mit freudiger Genugtuung haben wir davon Kenntnis genommen, daß seine Exzellenz, der Chef der italienischen Regierung, gleichfalls die Absicht hat, meiner Einladung nach Berlin zu folgen. Niemals ist ein solcher unmittelbarer Gedankenaustausch zwischen den verantwortlichen Trägern der internationalen Politik notwendiger gewesen als jetzt, wo wir vor der ernstesten und schwersten Problemen stehen, die nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller beteiligten Regierungen und Völker zu lösen sind.

Wenn ich an die unvergeßlichen Tage denke, die ich in der Ewigen Stadt inmitten der wundervollen Denkmäler einer Geschichte von Jahrtausenden erleben durfte, muß ich fürchten, daß dem Gast aus Rom unsere Reichshauptstadt vielleicht nüchtern erscheinen wird. Doch wird die Größe und der Ernst des Arbeitswillens, der hinter dieser nüchternen Fassade Berlins steht, gerade bei dem Mitglied einer Regierung auf volle Würdigung rechnen dürfen, die unter der bewährten Leitung ihres Führers ihre Kraft in besonderem Maß der Modernisierung von Handel, Wirtschaft und Verkehr Italiens widmet und dabei so bewundernswerte Erfolge erzielt hat. So hoffe ich, wird der Aufenthalt in unserer Hauptstadt Ihnen, Herr Minister, weitere Beweise dafür liefern, daß wir Deutsche unser Letztes daran setzen, die Not der Zeit durch zähe Arbeit zu überwinden; wobei wir uns wohl bewußt sind, daß das Ziel nur durch vertrauensvolles Zusammenwirken aller Völker erreicht werden kann. Das deutsche Volk fühlt sich allen denen innerlich verbunden, die gewillt sind, vergangenen Hader ruhen zu lassen und ihre ganze Kraft den Aufgaben der Gegenwart, den Forderungen der Zukunft zu widmen. Mit ehrlicher Bewunderung sehen wir das mit jugendlicher Energie aufstrebende italienische Volk zur freien Entfaltung seiner reichen Kräfte fortschreiten; wir sehen, daß auch dort derselbe unbeugsame Lebenswille herrscht wie bei uns, und daß auch dort das Heil der Menschheit in der lebendigen Fortentwicklung der Menschheit gesucht wird. Das läßt uns Deutsche hoffen, jenseits der Alpen volles Verständnis zu finden für unsern Kampf gegen die wirtschaftliche Not und für unser Streben nach Freiheit und Gleichberechtigung.

In dieser Hoffnung erhebe ich mein Glas auf das Wohl Seiner Majestät des Königs von Italien, auf das Wohl Seiner Exzellenz des Herrn Chefs der italienischen Regierung, auf das Wohl Euer Exzellenz und auf die Zukunft des italienischen Volkes."

Der italienische Minister des Äußern Grandi erwiderte mit folgendem Trinkspruch:

„Herr Reichskanzler! Eurer Exzellenz danke ich aufrichtig auch im Namen meiner Frau für den so herzlichen Empfang, der uns in der Reichshauptstadt bereitet worden ist, und für die liebenswürdigen Worte, die Sie an uns gerichtet haben.

Die italienische Regierung und das italienische Volk haben eine lebendige Erinnerung an die Tage, an denen Sie unser willkommener Gast waren. Die Herzlichkeit jener Begegnung und das wechselseitige Verständnis, das bei ihr zutage trat, haben erneut den großen Nutzen erwiesen, den der unmittelbare Meinungsaustausch zwischen den Männern bietet, die für die Politik der verschiedenen Länder verantwortlich sind. Als der Chef der italienischen Regierung mir den willkommenen Auftrag erteilte, Eurer Exzellenz in der Reichshauptstadt diesen Besuch abzustatten, um die freundschaftlichen Unterredungen, die wir in Rom hatten, fortzusetzen, hat er dem besondern Wunsch Ausdruck gegeben, daß ich Ihnen seinen herzlichen Gruß überbringe und Ihnen bestätige, daß er hofft, es möge sich bald eine günstige Gelegenheit bieten, um der liebenswürdigen Einladung Eurer Exzellenz zu folgen und um persönlich die Unterredungen fortzusetzen. Die freundlichen Worte der Anerkennung, mit denen Eure Exzellenz soeben von den Fortschritten gesprochen haben, die Italien unter der Leitung seines Führers erzielt hat, sind ein Beweis für die wohltuende Aufmerksamkeit, mit der die Reichsregierung und das deutsche Volk unsre Bestrebungen verfolgen. Seien Sie versichert, Herr Reichskanzler, daß man auch bei uns den entsagungsvollen Opfermut, die männlichen Tugenden und den Arbeitseifer des deutschen Volkes bewundert, wie wir auch die Weise und erleuchtete Arbeit in ihrem ganzen Wert erkennen, die Eure Exzellenz zum Besten Ihres Volkes leisten.

In dieser großartigen Hauptstadt, die so reich an Gedanken ist und in der auf jedem Feld der menschlichen Tätigkeit die Arbeit vibriert, habe ich in der Tat den Geist des modernen Deutschlands gefühlt, das, seinen ruhmreichen Überlieferungen getreu, seinen festen Lebenswillen, seine Kraft und seinen schöpferischen Geist beweist. Deutschland begibt sich jetzt daran, seine Energien zu stählen, um die Schwierigkeiten, die der Augenblick bietet, mutig zu überwinden. Italien hat stets genau verstanden, welcher wichtige Anteil Deutschland in der Geschichte und dem Leben der Welt zukommt und wie Deutschland einen unverzichtbaren Faktor unsrer Kultur darstellt. Wir alle haben die Gewißheit, daß Ihr großes Volk nach Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit erneuter Kraft und voller Vertrauen seinen Weg einer sichern Zukunft entgegen fortsetzen wird. Das Leben der Völker wird heute noch durch die Folgen der vergangenen Kämpfe erschüttert und gestört. Durch harte Erfahrungen belehrt, fühlen alle Staaten mehr als je die schwere Verantwortung, die auf ihnen ruht, und die Pflicht, loyal und wirksam zusammenzuarbeiten, nicht nur, um die ausgestandenen Leiden zu heilen, sonder auch um den Völkern Glück und Wohlergehen wiederzugeben, nach denen sie alle eifrig streben. Frei von jedem Vorurteil, ist das italienische Volk davon überzeugt, daß die Grundlagen eines friedlichen und fruchtbringenden internationalen Zusammenwirkens in der Gerechtigkeit, in der Gleichheit der Rechte, im gegenseitigen Vertrauen, im Verständnis für die wechselseitigen Notwendigkeiten und in einer harmonischen Entwicklung der lebenswichtige Kräfte und Interessen eins jeden einzelnen zu finden sind. Das italienische Volk streckt daher allen denjenigen in freundschaftlichem Geist die Hand entgegen, die, von den gleichen Gefühlen beseelt, in Eintracht daran arbeiten wollen, um diese hohen Ziele zu verwirklichen.

Indem ich die aufrichtigsten Wünsche für baldige und glückbringende Ergebnisse dieses großen gemeinsamen Werks zum Ausruck bringe, erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl des Herrn Reichspräsidenten, Feldmarschall von Hindenburg, auf das Wohl Eurer Exzellenz und auf das Wohlergehen des deutschen Volkes."

# Mussolini

## Eine Sonntagsrede

Mussolini hat 300 000 Anhänger in Neapel mit einer Rede zu stürmischer Begeisterung hingerissen, in der die Hauptfragen der Außen- und Innenpolitik und der Kommunalpolitik in kurzen Strichen gezeichnet waren. Er versprach, am 24 Mai 1935, 20 Jahre nach Italiens Kriegseintritt, zurückzukehren und an der gleichen Stelle zu sprechen, um das Denkmal für den Marschall Diaz, den Herzog des Sieges, der ein Sohn Neapels war, einzuweihen. Er mahnte das Volk, dem italienischen Kronprinzen, der am 4. November als Brigadegeneral in Neapel seinen Einzug halten wird, als Sproß des Hauses Savoyen einen würdigen und herzlichen Empfang zu bereiten.

**Er erklärte, daß die Weltkrise nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine moralische Krise sei, und daß das faszistische Italien zwischen den Abirrungen des Bolschewismus und der Trägheit des Liberalismus seinen eigenen Weg gehe, während die anderen Mächte, bedrückt von ihren schweren Sorgen, keine Zeit hätten, um sich um das, was in Italien geschehe, zu kümmern. Italien werde aber auch kommenden Schwierigkeiten immer gewachsen sein.**

Was uns besonders angeht, sind die Gedanken Mussolinis zur großen Politik. 1929, sagte er, sahen wir uns schon im Angesicht des Hafens, als der Sturm der Weltwirtschaftskrise uns ein langsameres Tempo aufzwang. Die Richtlinien des faszistischen Italiens für die große Politik sind heute zu Beginn des Jahres Zehn der faszistischen Aera unverändert so geblieben, wie sie seit neun Jahren bestimmt waren. Italien hat vor neun Jahren in London die Forderung für „Reparationen" und Kriegsschulden in der Form aufgestellt, wie sie heute auf der Tagesordnung steht.

**Zwei Fragen sind aber jetzt noch zu stellen. Sollen wirklich 60 lange Jahre vergehen, bevor hinter die tragische Rechnung von Soll und Haben das Wort Ende gesetzt wird, für eine Sache, die zehn Millionen junge Menschen dahingerafft hatte?**

**Ist eine juristische Gleichheit zwischen den Nationen möglich, wenn auf der einen Seite die Nationen bis zu den Zähnen bewaffnet stehen und auf der anderen solche, die dazu verurteilt sind, unbewaffnet zu sein?**

Wie kann man von dem Wiederaufbau Europas sprechen, solange nicht gewisse Klauseln gewisser „Verträge" beseitigt sind, die einzelne Völker in die Verzweiflung treiben? Wie lange Zeit soll noch vergehen, bis allgemein begriffen ist, daß etwas in der Welt gegenwärtig festgefahren oder vielleicht zerbrochen ist. Klare Leitsätze braucht der Frieden, sonst wird nur Rache, Groll und Furcht zu verzeichnen sein.

### Das Ergebnis

Ueber das Ergebnis der politischen Besprechungen bei dem Berliner Besuch des italienischen Ministers des Auswärtigen, Grandi, wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

**Anläßlich der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichskanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freimütigen Gedankenaustausch, den der Reichskanzler bei seinem Besuche in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in diesen Besprechungen alle großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird. Bei der Aussprache, die mit vollster Offenheit und in freundschaftlichster Gesinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergaben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist, und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolg führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.**

# Anklage im Brest-Prozeß

(Von unserem Warschauer Ws-Korrespondenten)

Warschau, 26. Oktober.

Heute vormittag wurde vor dem hiesigen Bezirksgericht der Prozeß gegen diejenigen ehemaligen Brester Gefangenen eröffnet, die am 29. Juni 1930 gemeinsam den Krakauer Kongreß des „Centrolew" organisiert hatten. Die öffentliche Meinung hat diesen Prozeß den „Brest-Prozeß" benannt. Das, was sich in den nächsten Wochen vor den Schranken des Warschauer Bezirksgerichts abspielt, wird aber — wie von der polnischen Oppositionspresse hervorgehoben wird — nur eine Seite der Brester Vorgänge abschließend beurteilen. „Der zweite Brest-Prozeß mit einer anderen Angeklagtenbank wird in der Zukunft einmal stattfinden," schreibt das Warschauer „ABC". Denn es gäbe in Polen zwei Seiten der Brester Angelegenheit, eine politische und eine moralische. Beide hätten verschiedene Ankläger, verschiedene Angeklagte, verschiedene Kriterien und verschiedene Zeiten, zu denen sie stattfinden. In diesem Sinne wäre die jetzt begonnene Verhandlung nur ein Auftakt zu dem zukünftigen großen Brest-Prozeß. Heute müßte das Gewissen der urteilenden Richter, eingeschränkt durch den Inhalt des Anklageaktes, vor den Mauern der Brester Festung halt machen. Damit würde die Brester Angelegenheit jedoch nicht erledigt sein. Ihr zweiter und wichtigster Akt würde sich vor einem polnischen Gericht in nicht zu ferner Zukunft abspielen — so leitet das vorstehend genannte Blatt der Rechtsopposition heute seine Berichterstattung über den Prozeß ein.

Das Interesse des Publikums an dem Prozeß fand einen besonderen Ausdruck durch die starke Ansammlung vor dem Bezirksgericht schon in den frühen Morgenstunden. Mit einiger Verspätung nahmen Angeklagte und Verteidiger auf ihren Bänken Platz, erst kurz nach 10 Uhr erschien das Richterkollegium. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten, die Feststellung der Personalien usw., beantragte die Verteidigung den Ausschluß eines Protokollanten von der Verhandlung, da er ein Unterkommissar der Staatspolizei sei und bei der Verhaftung der Abgeordneten im vorigen Jahre mit tätig gewesen wäre. Das Gericht erklärt, daß der beanstandete Protokollant nur als Aushilfe diene und später den Verhandlungen nicht beiwohnen würde; die Verteidigung gab sich mit dieser Erklärung zufrieden.

Sodann ging man zur Verlesung des Anklageaktes über, der über 100 Schreibmaschinenseiten umfaßt. Der Inhalt des Anklageaktes ist in großen Zügen kurz folgender:

Den elf Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie in der Zeit vom Jahre 1928 bis zum 9 September 1930 nach vorhergehender gemeinsamer Verständigung und im vollen Bewußtsein ihrer Tat gemeinsam einen Anschlag vorbereitet hätten, dessen Ziel die gewaltsame Entfernung von Regierungsmitgliedern in Polen und ihre Ersetzung durch andere Personen gewesen sei, ohne daß sie jedoch eine grundsätzliche Aenderung der Staatsstruktur anstrebten. Die Tätigkeit der Angeklagten beruhte auf der Hervorrufung und Schürung von revolutionären Tendenzen unter den Massen, durch Aufhetzen zum Haß gegen die Regierung, zum gewaltsamen Umsturz, zum Ungehorsam gegen die Behörden und zur Nichtbezahlung von Steuern sowie durch Diskreditierung und Verunglimpfung der Staatsbehörden in der Presse, auf Kongressen, in Versammlungen usw. Außerdem bestand die Tätigkeit der Angeklagten in der Organisierung, Schulung und Bewaffnung revolutionärer Kadres sowie der Begründung einer revolutionären, führenden Organisation, die nach außen hin unter dem Namen „Centrolew" auftrat. Diese Organisation stellte einen Plan zur gewaltsamen Uebernahme der Macht auf, berief den sogenannten Krakauer Kongreß ein, arbeitete revolutionäre Beschlüsse aus, die auf diesem Kongreß gefaßt wurden, gab den Befehl zu einer Mobilisierung der Massen aus und zu einem bewaffneten Marsch nach Warschau. Die Folge dieses Befehls waren blutige Zwischenfälle in 22 Städten Polens am 14. September 1930. Die Angeklagten haben den beabsichtigten Anschlag aus von ihnen unabhängigen Gründen nicht durchführen können, er wurde durch die Aktion der Behörden vereitelt.

In der Begründung dieser Vorwürfe der Anklage wird eine Reihe von Tatsachen angeführt,

# Posener Kalender

**Dienstag, den 27. Oktober**

Sonnenaufgang 6.20; Sonnenuntergang 16.19. Mondaufgang 16.14; Monduntergang 7.24.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 3 Grad Cels. Nordwestwinde. Barometer 765. Heiter.

Gestern: Höchste Temperatur + 6, niedrigste — 3 Grad Cels.

**Wettervoraussage für Mittwoch, den 28. Oktober**

Weiterhin trocken, kühl und überwiegend heiter. Mäßige südöstliche Winde.

Wasserstand der Warthe am 27. Oktober 1931: + 0,99 Meter.

## Wohin gehen wir heute?

**Teatr Polski:**

Dienstag: „Die blaue Küste".
Mittwoch: „Die blaue Küste".
Donnerstag: „Die blaue Küste".
Freitag: „Rozy" zu Nachmittagspreisen.

**Teatr Nowy:**

Dienstag: „Scheidungsüberraschungen".
Mittwoch: „Vorstadt".
Donnerstag: „Vorstadt".

**Varieté**

„Scala" (früher Kino Stylowe, ul. Marsz. Focha Nr. 4). Beginn um 8½ Uhr.

**Kinos:**

**Apollo:** „Der Mann seiner Frau". (5, 7, 9 Uhr.)
**Colosseum:** „Hochzeit im Paradiese Hollywood". (5, 7, 9 Uhr.)
**Metropolis:** „Nach dem Urteilsspruch". (4½, 6½ und 8½ Uhr.)
**Renaissance:** „Pat und Patachon als blinde Passagiere".

**Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße). Telephon 5555 erteilt.

**Nachtdienst der Apotheken vom 24. bis 31. 10.** Altstadt: Apteka pod Bialym Orlem, Stary Rynek 41, Apteka Św. Piotra, ul. Polwiejska 1, Apteka Św. Marcin, ul. Fr. Ratajczaka 12. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 2, Apteka „Pod Opatrznością Boską", ul. Dąbrowskiego 76. — Lazarus: Apteka p. Plucińskiego, ul. Marsz. Focha. — Wilda: Apteka Fortuna, Górna Wilda 96, Apteka przy Bramie Wildeckiej, Górna Wilda 3. Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12; die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Glówno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25.

## Deutscher Leseunterricht auf der Straße

Es ist noch nicht lange her, da ist eine Deutsche verurteilt worden, weil sie deutschen Kindern, die in polnische Schulen gehen, deutschen Lese- und Schreibunterricht erteilt hat.

In Posen auf der Straße aber hat sich neulich etwas ereignet, das die „Untat" dieser deutschen Lehrerin noch bei weitem überschreitet!

Stand da vor den Zeitungsauslagen einer deutschen Buchhandlung ein Beamter der Posener Straßenbahn. (Das ist schon unerhört!) Neben ihm drei Kinder, zwei davon mit Schülermützen auf dem Kopf. Der Vater studiert eifrig die deutschen Zeitungen, seine Sprößlinge stehen sichtlich gelangweilt neben ihm, da beginnt der Vater ihnen die deutschen Ueberschriften vorzulesen. Die Kinder hören zu. Der Vater, stolz auf seine Kenntnisse, beginnt zu erklären, zu buchstabieren. Die Kinder sprechen nach, sie versuchen, selbständig zu lesen. Der Vater wird immer eifriger. Vergnügt schmunzelnde Zuhörer sammeln sich um den Zeitungskasten und hören dieser deutschen Lesestunde auf offener Straße wohlwollend zu. Bis der stolze Vater mit seinen drei Sprößlingen weitergeht.

Es war eine lehrreiche kleine Begebenheit. Sie zeigte wieder einmal ganz deutlich, daß der einfache Mann nichts von der grundsätzlichen Feindschaft gegen alles, was deutsch ist, wissen will. Außerdem sieht er ein, daß Zweisprachigkeit in einem Lande, wo es eben neben der Landessprache noch eine zweite Sprache gibt, nur von Nutzen sein kann. Wir freuen uns aufrichtig über dieses kleine Erlebnis, weil es uns Hoffnung gibt, daß sich die gesunde Vernunft des einfachen Mannes aus dem Volk so schnell nicht tot machen läßt.

ub.

## Kleine Posener Chronik

em. **Die Folgen des Alkohols.** Johann Kubica hatte über den Durst getrunken, als er sich in der Wohnung des Myszyński in Dąbrówka, Kreis Posen, mit einem geladenen Revolver beschäftigte. Plötzlich ging ein Schuß los, der den Schwager des Myszyński, den 52jährigen Michael Salata, in das Becken traf. Der Schwerverletzte wurde von der Aerztlichen Bereitschaft in das Städtische Krankenhaus gebracht.

em. **Ein Auto in Flammen.** In der ul. Szamarzewskiego brannte gestern ein Auto. Die hinzugerufene Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit.

em. **Verkehrsunfall.** Auf der hiesigen Bahnhofsbrücke fiel ein mit Heu beladener Militärwagen um, der dann die ganze Straße versperrte. Mit Hilfe der Feuerwehr wurde das Verkehrshindernis nach etwa 20 Minuten beseitigt.

# Schutzleute erteilen Unterricht

### Gestern begann die Verkehrsschulungswoche

jh. **Posen,** 27. Oktober. Wer gestern behaglich wie sonst durch die Straßen unserer Stadt bummelte, konnte Ueberraschungen erleben. Noch viel mehr, wer es eilig hatte. Denn überall standen erstaunlicherweise liebenswürdige Schutzleute bereit, die warnend die Hand erhoben oder einen gar am Aermel oder Rockzipfel zupften, wenn man in fröhlicher Unbefangenheit etwa einer Straßenbahn nachspringen oder versunken in Geschäftssorgen die Straße schräg überqueren wollte. Diese blauuniformierten Männer zogen dann aber keineswegs mit eifriger Genugtuung ihr mit Recht unbeliebtes Notizbüchlein, um Namen und Wohnort ihres sündigen Opfers festzustellen. — Nein, mit großem Eifer und meistens viel Freundlichkeit klärten sie einem darüber auf, daß man in so einer Großstadt die vielleicht mühsam erworbenen und noch im Gedächtnis heftenden Grundbegriffe der Mathematik gefälligst im Interesse der öffentlichen Sicherheit vergessen möchte. Zwar sei es richtig, daß zwischen zwei Punkten die gerade Linie die kürzeste Verbindung sei, aber beim Ueberqueren von Straßen und Plätzen gelte nicht der Grundsatz der kürzesten Verbindungslinie, sondern der der größten Sicherheit. Also das Interesse des eigenen Falls gebiete, senkrecht über den Fahrdamm zu gehen, dabei nicht in tiefer Versunkenheit stehenzubleiben, erst links und dann rechts zu sehen usw., usw. — Und dann drückt einem dieser freundliche Schutzmann ein rotes Heftchen in die Hand, in dem man dreimal zehn Gebote findet, die sich das mit schon ohnehin zu viel Paragraphen, Vorschriften und Verboten überhäufte Europäergehirn nun auch noch einprägen soll.

Bis Sonnabend hat man Zeit dazu. Bis Sonnabend läßt die Polizei Gnade vor Recht walten. Bis Sonnabend sind sozusagen die sieben oder genauer sechs fetten Tage aller derer, die auf alle Verkehrsvorschriften pfeifen. Wehe ihnen jedoch nach dieser Zeit! Dann werden sie nicht mehr mit ironischem Grinsen freundlich gemeinte Anweisungen an jeder Straßenkreuzung in Empfang nehmen können, und dabei an Götz von Berlichingens kräftigen Ausspruch denken, sondern ein gestrenger Wächter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird dastehen, wird einen anschnauzen, wird die sofortige Bezahlung eines Bußgeldes in Höhe von 1—5 Zloty energisch verlangen. Dann wird keine Verschlagenheit und kein Harmlostun etwas nützen. Muß doch, wer nicht sofort zahlen will oder kann (weil er sein Geld schlauerweise zu Hause gelassen hat), nachher das Zehnfache auf den Opfertisch der öffentlichen Sicherheit legen.

Darum lese man sich sorgfältig durch, was hier unten steht, darum verschließe man nicht sein Gehör den Lehren der heute und morgen und übermorgen noch freundlichen und hilfsbereiten Schutzleute.

Denn, wie gesagt, am Sonntag beginnt ein gestrenges Gericht über alle Unbelehrbaren.

### 10 Verkehrsregeln für den Bürgersteig

1. Geh' stets auf der rechten Seite des Bürgersteiges.
2. Geh' nicht mit mehr als zwei Personen.
3. Auf engen Bürgersteigen soll man einzeln gehen.
4. Versuche, dich dem allgemeinen Verkehrstempo auf den Bürgersteigen anzupassen.
5. Ueberhole andere Personen nach den Verkehrsvorschriften, d. h. auf der linken Seite.
6. Trittst du einer Person dicht gegenüber, dann vollführe keinen Tanz auf der Stelle, sondern weiche gleich nach rechts aus.
7. Bleibe nicht unnötig in der Mitte des Bürgersteigs stehen; wenn du stehen bleiben willst, dann tue es auf dem einen oder dem anderen Straßenrande, aber nicht auf dem Fahrdamm selbst, damit du nicht von einem Fahrzeug angefahren wirst.
8. Beim Gang über den Bürgersteig sieh vor dich hin und paß auf. Lies nicht die Zeitung und wende nicht unnötig den Kopf.
9. Auf dem Bürgersteig sollst du nicht mit dem Stock herumfuchteln, trage auch keine langen Gegenstände mit dir; den offenen Schirm halte so hoch wie möglich.
10. Du sollst dich nicht drängeln, und bemühe dich, niemals ein Hindernis für andere zu sein.

## Verband Deutscher Katholiken

Die Ortsgruppe Posen des Verbandes deutscher Katholiken hielt am vorigen Sonntag, dem 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr in der Grabenloge eine Sitzung mit Lichtbildern ab. Das Interesse für derartige Veranstaltungen ist unter den Mitgliedern sehr groß; denn der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende, Gymnasiallehrer Knechtel, knüpfte an seine Begrüßungsworte die Bemerkung, daß nunmehr nach der langen Ruhepause während der Sommermonate in der Ortsgruppe wieder eine rege Tätigkeit einsetzen werde. Er fuhr dann fort: Ein harter Winter steht uns bevor. Millionen von Menschen sind arbeitslos; Millionen leiden Not; Millionen sind am Verzweifeln. Es gilt jetzt, werktätige Nächstenliebe zu üben, um dadurch der großen Not zu steuern, die auch in die Wohnungen der deutschen Katholiken ihren Einzug gehalten hat. In diesem Zusammenhange bat er die Anwesenden, ihre Schränke einer Revision zu unterziehen und die in den Familien nicht mehr verwendbaren Kleidungsstücke, ob gebrauchsfähig oder reparaturbedürftig, der Caritasschwester im Caritasbüro, ul. Leszczyńskiego Nr. 3, Erdgeschoß Stube 3, abzugeben. Ebenso seien bereit, Geldspenden entgegenzunehmen, Pater Venantius Kempf und die Caritasschwester. Nunmehr machte der Vorsitzende die Teilnehmer auf die von der Kirchenbehörde im Monat November in allen Pfarrkirchen angeordnete Mission aufmerksam. Für die deutschen Katholiken finde diese Mission vom 8. bis 15. November in der Franziskanerkirche statt. Das Programm werde noch von der Kanzel und durch das „Posener Tageblatt" bekanntgegeben. Diese Mission finde ihren würdigen Abschluß durch eine Gedenkfeier am Sonntag, dem 15. November, nachmittags 5 Uhr in der Grabenloge anläßlich des 700jährigen Todestages der hl. Elisabeth von Thüringen, zu der Domherr Professor Dr. Steuer die Gedächtnisrede übernommen habe. Auch an das bevorstehende Weihnachtsfest bat der Vorsitzende die Anwesenden zu denken und ihre milde Hand aufzutun, um Wohltaten zu spenden für die Aermsten unter uns. Zum Schlusse wurden die säumigen Mitglieder an ihre Beitragspflicht erinnert und die Sangeskundigen, den Franziskanerchor zu verstärken.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. An der Hand von 63 Lichtbildern sprach dann Studienassessor Gürtler über das Luftschiff „Zeppelin 126", und zwar über die Entstehung und Bau des Luftschiffes, über die Deutschlandsfahrt und über die Amerikafahrt. Der Vortragende schloß seinen Lichtbildervortrag mit den Worten: Dem Grafen Zeppelin und seinem Werk galt unser Vortrag, dem tapferen deutschen Manne, dem der Dichter Cäsar Flaischlen die Worte in den Mund legt: „Mein deutsches Volk, ich schenk' es dir! — Es ging dir auch ja schon wie mir — Auf manchem deiner Wege! — Doch wo ein Wille am Werk — Trägt's über den Berg, — Er sei so steil er möge!"

Nach dem hochinteressanten Lichtbildervortrag gelangte dann noch ein Film: „Der Zoologische Garten" und „Der Wintersport" zur Vorführung.

## Der Raubüberfall auf die Gastwirtsfrau Mardzińska in der Berufungsinstanz

em. **Posen,** 27. Oktober. Vor dem hiesigen Appellationsgericht fand gestern die Verhandlung in der Berufungsinstanz gegen Feliks Kania aus Posen statt. Unsere Leser erinnern sich, daß die Gastwirtsfrau Mardzińska am 6. Februar in Begleitung ihres Dienstmädchens Kaczow auf dem Weg in ihre Wohnung in der Nähe des Gerberdamms überfallen, mit einem Gummiknüppel niedergeschlagen und ihrer Barschaft in Höhe von 600 Zloty beraubt wurde. Auch das Dienstmädchen wurde bei dem Ueberfall mißhandelt. Die Täter entkamen in einer vorher bereitgestellten Autodroschke. Noch in derselben Nacht wurden sie festgenommen. Ein Teil des Geldes wurde bei den Banditen gefunden und der Geschädigten zurückerstattet. In der ersten Instanz wurden die Angeklagten Rataj und Kania zu je 5 Jahren Zuchthaus, Kaczmarek zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Kubiak wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Angeklagten nahmen mit Ausnahme des Kania das Urteil an. Die Verhandlung in der Berufungsinstanz gegen Kania brachte die Abweisung der Berufung. Einen Erfolg hat Kania: die Untersuchungshaft wird ihm voll angerechnet.

*

em. **Posen,** 27. Oktober. Andreas und Eduard Talarek, Johann Wielgosz und Władysław Kaczmarek waren am 3. April 1930 in die Wohnung des Landwirts Johann Bzdziel in Pulkawie, Kr. Samter, eingedrungen und hatten mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe des Geldes gefordert. Sie plünderten die ganze Wohnung, gaben mehrere Schüsse ab, wobei Bzdziel verletzt wurde. Dem Sohn des Angeschossenen gelang es mit Hilfe der Nachbarn, bei der Verfolgung einen der Spitzbuben zu fassen, der dann seine Kumpanen verriet. In der ersten Instanz waren Wielgosz 5 Jahre, den Brüdern Talarek je vier Jahre Zuchthaus und Kaczmarek drei Jahre Gefängnis zugesprochen worden. In der gestrigen Berufungsverhandlung wurde die Appellation verworfen und das erstinstanzliche Urteil bestätigt.

### Unterschlagungsprozeß Dębecki vertagt

em. **Posen,** 27. Oktober. Der für gestern anberaumte Unterschlagungsprozeß gegen den früheren Staatsanwalt Dębecki wurde in der Berufungsinstanz auf den 9. November vertagt.

### Internationales Ringkampfturnier

Erwartungsgemäß konnte auch Martinoff am gestrigen Montag der Schwarzen Maske nicht standhalten. In der 22. Minute mußte der Bulgare die Ueberlegenheit des unbekannten Kämpfers anerkennen. Der Litauer Klewajtis brauchte 21 Minuten, um mit dem Danziger Karlewski fertig zu werden. Der Ostpreuße Naber vermochte über 11 Minuten dem Weltmeister Jaago standzuhalten. Grunewald wurde mit dem Ungarn Szoradi im Handumdrehen fertig. Schon nach 2 Minuten lag der Ungar auf beiden Schultern. Der sehr humorvolle Kosake Orloff wehrte sich 17 Minuten gegen Stekker. Im übrigen stellte sich gestern den Jugoslawier Stibor wieder vor, der bekanntlich seinerzeit im Kampf mit Stekker eine Handverletzung davongetragen hatte. Er fühlt sich wieder imstande, an dem Turnier teilzunehmen. Heute abend wird er mit dem Tschechen Kohut in den Ring treten. Da außerdem die Schwarze Maske mit dem fünffachen Weltmeister Jaago und Grunewald und Stekker zusammentrifft, verspricht der heutige Abend besonders ereignisreich zu werden.

## Vergeßt die Winterbespritzung der Obstbäume nicht!

Es ist eine von der Wissenschaft und Praxis längst anerkannte Tatsache, daß eine Bespritzung der Obstbäume mit chemischen Bekämpfungsmitteln die Obstbäume nicht nur gesunder, sondern auch ertragreicher und die Früchte größer und schmackhafter macht. In unserer heutigen Wirtschaftsnot begegnet man bei den Obstzüchtern und Gartenbauern aber vielfach der Ansicht, daß eine solche Bespritzung nicht alljährlich notwendig sei, und es nicht darauf ankomme, wenn man einmal gelegentlich ein Jahr überschlage. Diese Ansicht ist grundfalsch und würde eine Sparsamkeit am verkehrten Platz bedeuten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein Aussetzen des Spritzens auch sofort die Baumschädlinge vermehrt und insbesondere die Schorfkrankheit (Fusikladium) eine größere Verbreitung findet. Natürlich ist ein Erfolg der Winterspritzung nur dann zu erwarten, wenn sie als Gemeinschaftsarbeit von Vereinen oder Staat und Gemeinden in die Hand genommen und durchgeführt wird. Im Interesse des deutschen Obstbaues haben deshalb bisher die Behörden den Vereinen auch vielfach Zuschüsse zur Beschaffung des Spritzmittels und der erforderlichen Spritzgeräte zugebilligt. Wenn nun Staat und Gemeinden in ihrer heutigen Finanznot diese Mittel auf ganz geringe Beträge beschränken, so ist das für den deutschen Obstbau, und namentlich für die kleinen Obstbauer, recht bedauerlich, und es wäre von den Behörden wohl zu überlegen, ob sie durch diese Sparmaßnahmen nicht ihre eigenen Interessen schädigen. Die Bespritzung selbst wurde bisher bekanntlich einige Wochen vor der Knospenentfaltung mit gewöhnlichem Obstbaum-Karbolineum in einer zehnprozentigen Lösung und gleich nach der Blüte mit einer einprozentigen Kupferkalkbrühe oder auch Solbar-Lösung vorgenommen. Das gewöhnliche Karbolineum hat aber den Uebelstand, daß es leicht von Bäumen abgewaschen und infolge seiner baumgleichen Farbe ungleich auf den Bäumen verteilt wird. Dieser Uebelstand ist jetzt dadurch behoben, daß man aus „Schwefel-Karbolineum Vertimol" eine Flüssigkeit hergestellt hat, die einen größeren Prozentsatz Schwefel enthält und infolge ihrer hellen Farbe besser sichtbar und dadurch auf dem Baume besser verteilbar ist. Durch diesen Schwefelzusatz ist dieses Spritzmittel nicht nur an den Bäumen besser sichtbar, sondern auch bedeutend länger haftbar, wodurch natürlich auch seine Wirkung eine weit bessere ist. Im übrigen ist seine Handhabung genau so wie beim gewöhnlichen Obstbaumkarbolineum. Die Bespritzung kann aber nur bei gelindem und trockenem Wetter geschehen, wobei man sich im Kleinbetrieb einer kleinen Handspritze und im Großbetrieb zur besseren Erreichung der Baumhöhe und des schnelleren Fortsetzens der Arbeit größerer Motorspritzen bedient. Bei dieser Gelegenheit sei noch darauf hingewiesen, daß Karbolineum mit grünenden und blühenden Obstbäumen nicht in Berührung kommen darf, weil es Blüten und Blätter verbrennt, so daß also Karbolineum für eine Sommerbespritzung ausscheidet. Aber nicht nur für Obstbäume, sondern auch für alle Beerenobst- und sonstigen Sträucher ist das Schwefelkarbolineum ein wichtiges winterliches Vorbeugungs- und Bekämpfungsmittel gegen mancherlei tierische und pflanzliche Schädlinge. Der vorsorgliche Gartenfreund sollte deshalb auch diese in die Winterspritzung einbeziehen und selbst Hecken und Zäune nicht vergessen, um auch hier die vorhandenen und versteckten Schädlingsbrutherde zu zerstören. Die kleine Ausgabe für die Beschaffung der Spritzmittel wird sich späterhin durch gesunden und kräftigen, schädlingsfreien Baumwuchs und durch eine erhöhte und bessere Ernte reichlich lohnen. Wer deshalb hieran sparen will, schädigt nicht nur sich, sondern auch seine Nachbarn und überhaupt alle, die sich mit Obst- und Gartenbau befassen; sie tragen nicht zu der notwendigen Förderung, sondern zum weiteren Verfall des deutschen Obstbaugewerbes und damit zur weiteren Verminderung unseres Volksvermögens bei. Auch in der Obstbaum-Schädlingsbekämpfung gilt der alte Grundsatz, daß vor„beugen" besser als „heilen" ist.

E. G.

## Warum kostspielige Volkszählungen

Welche Bedeutung allgemeine Volkszählungen haben, davon zeugt die Tatsache, daß in Polen 81 Gesetze und Verordnungen auf Bevölkerungszahlen im ganzen Staate oder einzelnen Gebieten gestützt sind. Die von allgemeinen Volkszählungen festgelegten Bevölkerungsziffern entscheiden u. a. in so wichtigen Angelegenheiten wie: Einteilung in Wahlbezirke, Zahl der Abgeordneten im Bezirk, Organisierung des Volksschulwesens, Gehälter der Bürgermeister und städtischen Angestellten, Pflichten der Selbstverwaltungen auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge, Gesundheit usw. Die polnisch-Danziger Konvention vom Jahre 1921 regelt die Teilung der Zolleinnahmen im prozentualen Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen Polens und der Freistadt. Auch die Einzahlungen des schlesischen Fiskus auf die allgemeinen Bedürfnisse des Staates werden in der Verfassung der schlesischen Wojewodschaft u. a. von der Bevölkerungsdichte Schlesiens und des übrigen Gebiets der Polnischen Republik abhängig gemacht.

### Dratzig-Mühle

ss. **Diebstahl.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erbrachen Diebe den Schweinestall des Herrn Müller und schlachteten gleich an Ort und Stelle die besten Schweine. Anscheinend haben die Täter die zerlegten Schweine in Säcke verpackt und sind damit unbemerkt entkommen. Die Spuren verlaufen sich im Walde und konnten vor der Hand nicht weiter verfolgt werden.

Posener Tageblatt **Recht und Steuern** Nr. 248
Mittwoch, den 28. Oktober 1931

# Die Hypothek in Recht und Praxis

(Schluß)

Eine sogenannte Gesamthypothek entsteht, wenn für eine Forderung eine Hypothek für mehrere Grundstücke eingetragen wird. In einem solchen Falle haftet jedes Grundstück für die ganze Forderung. Es steht dem Hypothekengläubiger das Recht zu, sich nach seiner Wahl aus jedem der Grundstücke ganz oder teilweise zu befriedigen. Eine Einzelhypothek wird zur Gesamthypothek, wenn der Eigentümer einen Bruchteil des belasteten Grundstücks veräußert. Da die Hypothek in ihrer Sicherheit von dem Wert des Grundstücks abhängig bleibt, so bedeutet naturgemäß für den Hypothekengläubiger jede Verschlechterung des Grundstücks eine Gefahr. Das Gesetz gibt hier dem Hypothekengläubiger das Recht, von dem Eigentümer unter angemessener Fristsetzung eine Beseitigung der Gefährdung zu fordern. In dem durch die Länge der Zeit entstandenen baulichen Verfall der Gebäude kann der Gläubiger durchaus eine Gefährdung der Sicherheit der Hypothek erblicken; auch gegen den Abbruch von Gebäuden kann er Einspruch erheben. Das Gesetz kennt auch den Rechtsbegriff der „drohenden Verschlechterung", gegen die der Hypothekengläubiger auf Unterlassung klagen kann. Es ist beispielsweise im Sinne des Gesetzes als „drohende Verschlechterung" aufzufassen, wenn der Grundstückseigentümer die Versicherung der Gebäude gegen Feuersgefahr unterläßt. Eine Verschlechterung des Grundstücks ist gegeben, wenn Zubehörstücke entfernt werden. Wichtig ist die Bestimmung im Hypothekenrecht, daß jede Vereinbarung nicht ist, durch welche sich der Eigentümer dem Gläubiger gegenüber verpflichtet, das Grundstück nicht zu veräußern oder nicht weiter zu belasten. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Hypotheken auf einem Grundstück im Prinzip unbegrenzt, wenngleich der hypothekarischen Belastung eines Grundstücks durch seinen Wert eine natürliche Grenze gezogen ist. Eine mehr als dreifache hypothekarische Belastung ist in der Praxis selten anzutreffen.

Was die Kündigung der Hypothek anbetrifft, so steht diese sowohl dem Gläubiger wie auch dem Grundstückseigentümer zu. Eigentümer ist stets derjenige, der als solcher im Grundbuch eingetragen ist. Sofern der Eigentümer seinen Wohnsitz nicht im Inland hat, kann der Gläubiger bei demjenigen Amtsgericht, in dessen Bezirk das Grundstück liegt, den Antrag stellen, für den Eigentümer einen Vertreter zu ernennen, der gegebenenfalls vom Gläubiger die Kündigung rechtswirksam entgegenzunehmen hat. Letztere Bestimmung ist für die Gegenwart nicht ohne Bedeutung, da während der Inflationszeit zahlreiche Ausländer Grundstücke in Deutschland erworben haben. Der Eigentümer ist nach Fälligwerden der Forderung berechtigt und verpflichtet, den Gläubiger zu befriedigen. Will oder kann der Hypothekengläubiger die Rückzahlung der Hypothekensumme vom Eigentümer nicht entgegennehmen, so kann letzterer die Summe hinterlegen. Das Gesetz gestattet auch eine Aufrechnung der Summe. Auf jeden Fall muß der Hypothekengläubiger nach erfolgter Rückzahlung der Hypothekensummen in eine Löschung der Hypothek im Grundbuch willigen, unabhängig von etwa noch sonst bestehenden Forderungen an den Eigentümer. Aus diesem Grunde muß der Gläubiger nach erhaltener Befriedigung sowohl den Hypothekenbrief wie alle sonstigen Urkunden an den Eigentümer aushändigen, damit die Löschung der Hypothek und die entsprechende Berichtigung im Grundbuch vorgenommen werden kann.

Findet nur eine teilweise Befriedigung des Gläubigers durch den Eigentümer statt, so kann letzterer die Aushändigung des Hypothekenbriefes nicht fordern. Auf der anderen Seite aber entsteht für den Gläubiger die Verpflichtung, die teilweise Befriedigung auf dem Hypothekenbrief durch das Grundbuchamt vermerken zu lassen, das auch gleichzeitig eine entsprechende Eintragung im Grundbuch vorzunehmen hat. Bei teilweiser Befriedigung ist auch die Möglichkeit der Herstellung eines Teilhypothekenbriefes gegeben, welcher Fall gleichfalls eintritt, wenn die Forderung eine Teilung erfährt. Zur Herstellung eines Teilhypothekenbriefes bedarf es der Zustimmung des Eigentümers nicht. In der Regel haben die so entstandenen Teilhypotheken gleichen Rang. Im übrigen ist bei abweichender Rangfestsetzung die Zustimmung des Eigentümers kein Erfordernis. Was das Rangverhältnis der Hypotheken anbetrifft, so bietet die auf einem Grundstück zuerst eingetragene Hypothek, gemeinhin als 1. Hypothek bezeichnet, im Falle der Zwangsversteigerung weitaus die größte Sicherheit, da aus dem Erlös des versteigerten Grundstücks die erste Hypothek zuerst befriedigt wird. Es tritt also in der Praxis nicht selten der Fall auf, daß sowohl 2. Hypotheken, noch mehr aber 3. Hypotheken aus dem Erlös der Zwangsversteigerung nicht zu decken sind.

Sehr bemerkenswert ist die gesetzliche Bestimmung, daß es dem Eigentümer untersagt ist, solange nicht die Forderung ihm gegenüber fällig geworden ist, dem Gläubiger das Recht einzuräumen, von ihm zum Zweck der Befriedigung die Uebertragung des Eigentums an dem Grundstück zu verlangen. Ebensowenig kann der Gläubiger mit dem Eigentümer die Abrede treffen, für die Veräußerung des Grundstückes den Weg der Zwangsvollstreckung auszuschließen. Kann der Grundeigentümer seinen Hypothekenverpflichtungen nicht nachkommen, so kann sich der Gläubiger nur durch die Zwangsvollstreckung oder Subhastation befriedigen, die allein gesetzliche Vorschrift ist. Entgegenstehende Vereinbarungen sind also gesetzlich unzulässig. Erwirbt jemand käuflich eine bestehende Hypothek, so hat nach dem Gesetz die Abtretung entweder in schriftlicher Form unter Uebergabe des Hypothekenbriefes oder an Stelle der schriftlichen Abtretung durch eine entsprechende Eintragung in das Grundbuch zu erfolgen. Dem neuen Gläubiger steht das Recht zu, sich die Abtretungserklärung auf seine Kosten unter Vorschuß derselben öffentlich beglaubigen zu lassen. Ein gerichtlicher Ueberweisungsbeschluß einer Hypothek ist gleichbedeutend mit einer öffentlich beglaubigten Abtretungserklärung. Ein abhanden gekommener oder vernichteter Hypothekenbrief wird im Wege des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt. Ist der Gläubiger einer Hypothek aus irgendeinem Grunde unauffindbar, also im Sinne des Gesetzes „unbekannt" geworden, so erlischt die Hypothek nach zehn Jahren seit der Eintragung. Sofern jedoch eine kalendermäßig festgesetzte Zahlungszeit für die Hypothek besteht, beginnt die Frist erst mit dem Zahlungstage zu laufen. Der unbekannte Gläubiger wird durch das Aufgebotsverfahren zur Meldung aufgefordert. Bleibt dieses erfolglos, so geht mit dem gerichtlicherseits erlassenen Ausschlußurteil die Hypothek in den Besitz des Eigentümers über; gleichzeitig wird der Hypothekenbrief für kraftlos erklärt.

Damit die Hypothek nicht einer dauernden Belastung des Grundstücks gleichkommt, hat das Gesetz die Bestimmung getroffen, daß das Kündigungsrecht des Eigentümers nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Es muß also stets eine bestimmte Kündigungsfrist für die Rückzahlung des Kapitals im Hypothekenbrief festgesetzt werden. Aehnlich ist die Vereinbarung eines Termins für die Rückzahlung des Kapitals zulässig. Die Höhe der Zinssätze bei Hypotheken ist naturgemäß sehr verschieden und von zahlreichen Umständen abhängig. Zunächst ist die allgemeine Wirtschaftslage von Einfluß, ferner, ob es sich um ein ländliches, städtisches oder großstädtisches Haus, Wohnhaus oder Fabrikhaus handelt, ferner ist entscheidend, ob pupillarische, also mündelsichere erststellige Eintragungen, oder solche von Banken, Baugeldern in Frage kommen. Die Güte von zweitstelligen Eintragungen beurteilt sich in erster Linie, ob sie hinter niedrigen erststelligen Eintragungen stehen und ob das Grundstück in bester Lage ist. Als Zeitpunkt für die Zahlung der Hypothekenzinsen wählt man meist den Beginn eines bestimmten Kalenderabschnitts, also viertel- oder halbjährig.

Zum Schluß ist noch die sogenannte Sicherungshypothek zu erwähnen. Bei dieser Hypothekform bestimmt sich das Recht des Gläubigers nur nach der Forderung, die der Gläubiger trotz richtiger Grundbucheintragung jederzeit beweisen muß. Im Grundbuch muß eine solche Hypothek als Sicherungshypothek bezeichnet werden. Die Sicherungshypothek entbehrt jeder Verkehrsfähigkeit; sie ist stets nur Buchhypothek ohne Brief. Grundsätzlich kann für die Forderung aus einer Schuldverschreibung auf den Inhaber, aus einem Wechsel oder aus einem anderen Papier, das durch Indossament übertragen werden kann, stets nur eine Sicherungshypothek bestellt werden. Die Umwandlung einer Sicherungshypothek in eine gewöhnliche Hypothek mit oder ohne Brief, ebenso umgekehrt, kann jederzeit vorgenommen werden, ähnlich kann auch die Umwandlung einer gewöhnlichen Hypothek in eine Grundschuld stets bewirkt werden. Eine ziemliche Rolle im kaufmännischen Leben spielt die sogenannte Kautionshypothek, auch als Höchstbetrags-, Maximal- oder Kredithypothek bekannt. Die Kautionshypothek tritt hauptsächlich dann in die Erscheinung, wenn beispielsweise ein Lieferant seinem Abnehmer unter der Bedingung einen Kredit einräumt, daß er eine Sicherungshypothek für alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen bis zu einem bestimmten Höchstbetrag aus dem Geschäftsbetrieb eintragen läßt. Es wird also nur der Höchstbetrag im Grundbuch vermerkt, während die Feststellung der Forderung vorbehalten bleibt. Bei einer verzinslichen Forderung findet eine Einrechnung der Zinsen in den Höchstbetrag statt. Unterbleibt aus irgendeinem Grunde die Bezeichnung als Sicherungshypothek im Grundbuch, so gilt dem Gesetz gegenüber eine derartige Hypothek dennoch als solche.

Werden die fälligen Zinsen unpünktlich oder überhaupt nicht gezahlt, oder unterbleibt die Rückzahlung des Hypothekenkapitals trotz ordnungsgemäßer Kündigung, so kann der Hypothekengläubiger die Zwangsvollstreckung betreiben. Der Antrag hierzu setzt jedoch einen vollstreckbaren Schuldtitel voraus. Es muß demgemäß ein gerichtliches, für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urteil vorliegen, nach welchem der Grundstückseigentümer verurteilt wird, sich die Zwangsvollstreckung in das ihm gehörige Grundstück gefallen zu lassen. Dem Antrag auf Zwangsversteigerung ist die Urkunde über die erfolgte Zustellung des Schuldtitels an den Grundstückseigentümer beizufügen, desgleichen ein vom Katasteramt anzufertigender neuester Auszug aus der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerrolle. Erst nach Erfüllung aller dieser Formalitäten kann das Verfahren der Zwangsversteigerung in Gang gesetzt werden.

# Einkommensteuerberufungen und Zahlungsstundung

Diejenigen Steuerpflichtigen, die bis jetzt noch nicht im Besitz der Einkommensteuerveranlagung (nakaz płatniczy na państwowy podatek dochodowy na rok podatkowy 1931) sind, dürfen mit Bestimmtheit auf die Zustellung derselben im Laufe des Monats November rechnen, weshalb es schon jetzt angezeigt erscheint, auf die damit verbundenen Pflichten und Rechte aufmerksam zu machen. Es muß angenommen werden, daß in vielen Fällen, und zwar besonders in denjenigen, wo eine geordnete Buchführung nicht die Grundlage der Feststellung des Reingewinnes im verflossenen Kalender- oder Wirtschaftsjahr gewesen ist, sondern hingegen das Einkommen auch selbst vom Steuerpflichtigen nur schätzungsweise ermittelt wurde, von der Veranlagungskommission von den eigenen Angaben in der Steuererklärung nicht unerheblich abweichende Veranlagungen vorgenommen worden sind.

Gegen diese Veranlagungen haben selbstverständlich alle Steuerpflichtigen das Recht der Einlegung der Berufung, und zwar gleichviel, ob sie ihr Einkommen auf Grund einer geordneten Buchführung oder aber auch nur schätzungsweise deklarierten. Beschränkt sind die Rechte des Steuerpflichtigen im Berufungsverfahren nur in denjenigen Fällen, wenn die Einkommensteuererklärung nicht rechtzeitig, d. h. bis zum 1. Mai d. Js. oder aber bei etwaigen Fristverlängerungen bis zu dem behördlich festgesetzten Termin abgegeben wurde. Eine weitere Beschränkung der Rechte im Berufungsverfahren liegt auch dann vor, wenn der Steuerpflichtige auf die Aufforderung des Urząd Skarbowy zur Erläuterung seiner Eingaben in der Einkommensteuererklärung entweder verspätet oder überhaupt nicht geantwortet hat. Derartige Berufungen werden fast ausnahmslos erfahrungsgemäß abgewiesen und haben sich auch diesbezügliche Klagen bei dem Najwyższy Trybunał Administracyjny Warszawa als erfolglos erwiesen. Zur Begründung einer etwa einzulegenden Berufung kann der Steuerpflichtige gemäß Art. 67 des Einkommensteuergesetzes Abschriften der Veranlagungsgrundlagen von dem Urząd Skarbowy einfordern. Der Antrag zur Uebersendung der Veranlagungsgrundlagen ist mit einer 3-Złoty-Stempelmarke zu versehen, und außerdem ist noch 1 Złoty in Stempelmarken als Gebühr für Uebersendung der angeforderten Grundlagen beizufügen. Ein derartiger Antrag unterbricht den Lauf der Berufungsfrist, und zwar um soviel Tage, wie von der Stellung des Antrages bis zum Erhalt der Veranlagungsgrundlagen verstrichen sind. Gemäß demselben Artikel steht dem Steuerpflichtigen auch das Recht zu, beim Urząd Skarbowy die seine Steuerveranlagung betreffenden Akten einzusehen. Gestützt auf Art. 68 des Einkommensteuergesetzes kann der Steuerpflichtige auch fordern, daß er zu der Kommissionssitzung, in welcher seine Berufung erörtert bzw. entschieden wird, zum Zwecke der Abgabe mündlicher Erläuterungen geladen wird. Der diesbezügliche Antrag kann gleichzeitig mit in der Berufungsschrift enthalten sein, kann aber auch besonders gestellt werden, indes aber nur innerhalb der 30tägigen Berufungsfrist. Die Einlegung der Berufung hält beklagenswerterweise leider die Steuerzahlung nicht auf, diese muß hingegen innerhalb der gegebenen Frist erfolgen. Früher war es üblich, daß auf Antrag auch Stundungen des mehrveranlagten Steuerbetrages bis zur Entscheidung der eingeleiteten Berufungen gewährt wurden. Von dieser so sehr im Interesse des Steuerzahlers liegenedn Handhabung sind indes die Urzędy Skarbowe vollkommen abgekommen, denn sie gewähren dieser Art Stundungen prinzipiell überhaupt nicht mehr. Die einzige Möglichkeit ist hingegen nur Zahlungserleichterungen durch Gewährung von Ratenzahlungen zu erreichen. Der Steuerpflichtige ist also gezwungen, die so und so viel mal höher, als wie den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, veranlagte Steuer zu bezahlen, gleichviel, ob seine Existenz dadurch bedroht ist oder nicht. Daß darin eine unsagbare Härte liegt, und zwar um so mehr, da Berufungen zuweilen jahrelang liegen, bis sie entschieden werden und der Steuerpflichtige zu seinem Rechte kommt, wird auch selbst von den Urzędy Skarbowe nicht verkannt. In richtiger Erkennung der schweren wirtschaftlichen Lage der Gegenwart, die es selbst beim besten Willen nicht ermöglicht, die veranlagten Steuerbeträge am Fälligkeitstermine zu bezahlen, hat der Finanzminister am 13. August 1931 im Dz. U. R. P. Nr. 77 unter Pos. 613 eine Verordnung herausgegeben, wonach es den Urzędy Skarbowe gestattet ist, unter anderem auch die Einkommensteuer bis zu einem Betrage von 20 000 Złoty in jedem einzelnen Falle auf 12 monatliche Raten zu verteilen. Der Finanzminister geht in dieser Verordnung sogar so weit, daß er auch Stundungen von Steuerbeträgen bis zu 5000 Złoty, aber nur auf die Dauer von 2 Monaten, in die Ermächtigung der Urzędy Skarbowe legt, doch machen die Urzędy Skarbowe von dieser letzteren Erleichterung nur in den seltensten Fällen Gebrauch. Ratenzahlungen gewähren indes die Urzędy Skarbowe auf begründete Anträge hin in den meisten Fällen, wenn sie auch hierbei nicht immer von der ihnen zustehenden Ermächtigung vollen Gebrauch machen, indem sie 12monatliche Raten gewähren, sondern in den meisten Fällen hingegen nur 3 bzw. auch 6 Monatsraten. Handelt es sich um Beträge von über 20 000 Złoty, so ist nicht der Urząd Skarbowy, sondern die Izba Skarbowa zuständig. Dieselbe hat die Kompetenz selbst bei Beträgen von 20 000 Złoty, die in dem Kompetenzbereich der Urzędy Skarbowe liegen, Ratenzahlungen nicht nur auf 12 Monate, wie die Urzędy Skarbowe, sondern ohne Begrenzung der Zeit zu gewähren. Beträge von über 20 000 Złoty bis 50 000 Złoty kann dieselbe in 24 monatliche Raten verteilen. Beträge von über 50 000 Złoty bis 100 000 Złoty aber können in 12 monatliche Ratenzahlungen zerlegt werden. Auch sind die Befugnisse der Izba Skarbowa bei Gewährung von Stundungen der Einkommensteuer viel weitgehender als wie bei den Urzędy Skarbowe, denn während letztere, wie bereits vorstehend bemerkt, nur ermächtigt sind, Beträge bis zu 5000 Złoty innerhalb des Budgetjahres auf die Dauer von 2 Monaten zu stunden, steht der Izba das Recht zu, Beträge bis zu 100 000 Złoty auf 3 Monate zu stunden, wobei auch nicht die Einschränkung bezüglich des laufenden Budgetjahres vorliegt. Die diesbezüglichen Anträge können jederzeit gestellt werden und sind mithin an eine bestimmte Frist nicht gebunden. Sie sind durchweg mit einer 3-Złoty-Stempelmarke zu versehen, während bei Berufungen die Stempelgebühr nur 2 Złoty beträgt. Die Stempelmarken dürfen vom Absender nicht, wie das sonst im geschäftlichen Verkehr bei Verkaufsdokumenten üblich ist, entwertet werden. Die Entwertung erfolgt hingegen von demjenigen Amte, bei welchem die diesbezüglichen Anträge eingehen. Hat der Steuerpflichtige die Stempelmarken auf dem Antrage aus Unkenntnis entwertet, so haben dieselben keine Gültigkeit mehr, und es ergeht eine Aufforderung seitens des betreffenden Amtes, die Stempelmarken nachträglich einzusenden oder aber den diesbezüglichen Betrag auf der Kasa Województwa einzuzahlen und die Quittung hierüber vorzulegen, widrigenfalls der Antrag unerledigt bleibt.

K.

# Steuer-Rundschau

## Steuerkalender für November 1931

1) 7. November 1931. Bezahlung der Steuer von Dienstbezügen, und zwar innerhalb 7 Tagen nach erfolgter Auszahlung derselben, sofern diese Ultimo Oktober 1931 erfolgt.
2) 10. November 1931. Bezahlung der Versicherungsbeiträge für Geistesarbeiter an den Zakład Ubezpieczeń Pracowników Umysłowych w Poznaniu, ul. Dąbrowskiego nr. 12. P. K. O. Nr. 200 390 nebst gleichzeitiger Einreichung des „Alfabetyczny normalny wykaz miesięczny" auf Formular Nr. 2 und bei evtl. Veränderungen in den Personalien der Angestellten oder aber auch des Gehaltes, des Formulars Nr. 3 „Zgłoszenie zmian" sowie bei Neuanstellungen von Geistesarbeitern, des Formulars Nr. 1 „Zgłoszenie do ubezpieczenia nowo przyjętego pracownika."
3) 12. November 1931. Bezahlung der III. Vierteljahresrate der Kanalgebühren und Müllabfuhr gemäß Nakaz płatniczy na opłaty kanałowe i opłaty za wywóz śmieci za rok 1931 umfassend den Zeitraum vom 1. Oktober 1931 bis 31. Dezember 1931.
4) 15. November 1931.
   a) Letzter Tag der Bezahlung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1931 für alle diejenigen Steuerzahler, die den Nakaz płatniczy na państwowy podatek dochodowy na rok podatkowy 1931 bis zum 15. Oktober 1931 zugestellt erhalten haben, unter Ausnutzung der 14tätigen Karenzzeit.
   b) Bezahlung der Umsatzsteuer für den Monat Oktober 1931 der Handelskategorien I u. II und der Industriekategorien I bis V, sofern diese Unternehmungen geordnete Bücher führen.
   c) Letzter Tag der Bezahlung der Grundsteuer für das II. Halbjahr 1931, deren gesetzlicher Zahlungstermin vom 15. Oktober bis 15 November eines jeden Jahres ist.
5) 20. November 1931. Bezahlung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung der physischen Arbeiter durch Ueberweisung auf Postscheckkonto Nr. 9600 an den Zarząd Głównego Funduszu Bezrobocia w Warszawie unter gleichzeitiger Einreichung der entsprechenden Zawiadomienie auf vorgeschriebenem Muster an den Zarząd Obwodowego Funduszu Bezrobocia w Poznaniu, ul. Czarneckiego Nr. 9.
6) 26. November 1931. Letzter Tag der im vorstehenden unter Punkt 3 angegebenen Bezahlung der Kanalgebühren und Müllabfuhr unter Ausnutzung der 14-tägigen Karenzzeit.
7) 29. November 1931. Letzter Tag der Bezahlung der unter Punkt 4 b vorstehend bezeichneten Umsatzsteuer, und zwar ebenfalls unter Ausnutzung der 14 tägigen Karenzzeit.
8) 30. November 1931.
   a) Bezahlung der Lokalsteuer für das IV. Vierteljahr 1931 gemäß Nakaz płatniczy na podatek od lokali na rok 1931.
   b) Bezahlung der Gebäudesteuer für das III. Vierteljahr des Etatsjahres 1931/32 gemäß Nakaz płatniczy na państwowy podatek od nieruchomości na rok podatkowy 1931.
9) Verschiedenes. Ferner sind alle Rückstände, welche gestundet oder aber auf Raten verteilt wurden, und deren Fälligkeitstermin im Monat November 1931 liegt, sowie alle Steuern, für welche der Steuerpflichtige eine Aufforderung für den Monat November 1931 erhalten hat, zu bezahlen.

## Die Lokalsteuer soll erhöht werden

Von der Regierung ist im Sejm eine Vorlage eingebracht worden, die auf die Erhöhung der Lokal-(Miets-)steuer hinzielt. Die Steuer, die bisher 8 Prozent der Friedensmiete beträgt, soll dem Regierungsprojekt nach auf 12 Prozent heraufgesetzt werden. Die Mehreinnahmen, die auf diese Weise erzielt werden, sollen dem Städtebaufonds zufließen. Befreit von der Steuer werden Arbeitslose, wenn sie nicht mehr als zwei Stuben innehaben (bisher vier), sowie sämtliche Wohnungen in Häusern, die nach dem Inkrafttreten des Mieterschutzgesetzes erbaut wurden. Allerdings ist bei letzteren die Frist der Steuerfreiheit beschränkt, und zwar für Häuser, die vor dem 1. Januar 1929 erbaut wurden, auf zehn Jahre, bei solchen, die nach diesem Zeitpunkt erbaut wurden, auf 15 Jahre.

# Goldproduktion und Goldbewegung

## Der Höhepunkt der Golderzeugung längst überschritten

### Die Welt-Golderzeugung

Während die Goldwährungen der verschiedensten Länder — und damit die Goldwährung an sich — eine der schwersten Krisen zu durchstehen haben, hat sich eine Sachverständigenkommission des Völkerbundes in Genf zusammengesetzt und ausgerechnet, wieviel Gold eigentlich bisher auf der ganzen Erde produziert worden ist. Es ist nicht ganz einzusehen, welchen Zweck diese Errechnungen haben sollen (denn an der gegenwärtigen Welt-Wirtschafts- und Währungslage können sie ja doch nichts ändern); immerhin sind sie aber doch recht interessant, geht aus ihnen doch einwandfrei hervor, dass der Höhepunkt der gesamten jährlichen Golderzeugung bereits seit Jahren überschritten ist und dass nunmehr die Goldgewinnung Jahr für Jahr unaufhaltsam zurückgeht!

Ein Beweis für diese Behauptung scheint in der Tatsache zu liegen, dass augenblicklich alle grösseren Goldbergwerke — mit Ausnahme der New Rand Mines in Transvaal und einiger kanadischer Minen — weit weniger produzieren als z. B. vor zehn Jahren. Und ferner darin, dass 1915 Gold im Gesamtwert von 482 Millionen Dollars, im Jahre 1930 dagegen nur noch im Gesamtwert von 334 Millionen Dollars gefördert worden ist.

### Die Welt-Goldvorräte

Nach weiteren Berechnungen der genannten Sachverständigen-Kommission wird im Jahre 1950 Gold nur noch im Werte von 840 Millionen Dollars zur Verfügung stehen, das ist genau 380 Millionen Dollars weniger, als im Jahre 1931 gebraucht wurden!

Insgesamt sind in der Zeit von 1493 bis 1931 etwa 21,6 Milliarden Dollars in Gold gefördert worden. Der gegenwärtige Goldvorrat der Erde beträgt rund 11,7 Milliarden Dollars (vor 100 Jahren nur etwa 800 Millionen Dollars!). Hiervon sind etwa 90 Prozent in den Tresoren der grossen Noten- und Kreditbanken aufgespeichert, ein ungeheuer grosser Prozentsatz, wenn man bedenkt, dass für die Tresorierung und die Notendeckung kurz vor dem Kriege nur etwa 65 Prozent des Gesamt-Goldbestandes genügte.

Aber Gold wird im freien Handel gegenwärtig ja fast gar nicht mehr verlangt. Die wenigen Juwelenschmiede, die überhaupt noch arbeiten, verwenden für die Fassungen von Steinen usw. nur noch Platin, ein Mangel an Gold im freien Handel ist also nicht spürbar, im Gegenteil, das Angebot ist fast ständig grösser als die Nachfrage.

Wieviel von dem tresorierten Gold gemünzt worden ist, lässt sich leider nicht feststellen; es ist dies aber auch unwesentlich, denn auch Barrengold ist bekanntlich ein im internationalen Zahlungsverkehr gängiges Zahlungsmittel, das weit lieber genommen wird als Hartgeld aus Gold, das immer aus Legierungen besteht, da sonst die Münzen nicht die nötige Festigkeit besitzen würden.

### Die Veränderungen im Goldbesitz

Dieses in die Tresore der Grossbanken und der Noteninstitute eingeschlossene Gold liegt nun aber keineswegs fest, sondern — wie aus den Kurszetteln und den Handelsberichten hervorgeht — wandert fast ständig. Ununterbrochen ist der Goldbestand der einzelnen Länder bzw. ihrer Zentralnotenbanken sehr grossen Schwankungen unterworfen. Nur eine einzige Bank hat in den Jahren 1930 und 1931 keine Goldverluste zu verzeichnen gehabt, sondern im Gegenteil dauernd einen Zuwachs ihres Goldbestandes gemeldet: die Bank von Frankreich! Ihre Goldreserven betrugen Ende 1930 rund 8,8 Milliarden Mark und dürften inzwischen auf 9,1 Milliarden Mark angewachsen sein. Nahezu sämtliche Goldzufuhren aus den überseeischen Ländern gingen — auf dem Umweg über London — nach Paris!

Im einzelnen hat der Goldbestand der Notenbanken im Jahre 1930 zugenommen:

| | | |
|---|---|---|
| Bank von England | + 47 | Millionen Mark |
| Belgien | + 115 | „ „ |
| Schweiz | + 95 | „ „ |
| Tschechoslowakei | + 33 | „ „ |
| Italien | + 25 | „ „ |

Abgenommen haben im Jahre 1930 die Goldbestände folgender Staaten:

| | | |
|---|---|---|
| Deutschland | — 67 | Millionen Mark |
| Spanien | — 116 | „ „ |
| Polen | — 65 | „ „ |

In den hinter uns liegenden Monaten des Jahres 1931 aber sind diese Errechnungen für das Jahr 1930 längst schon wieder korrigiert (zum Teil sogar entscheidend korrigiert) worden, so dass diese Angaben gar kein Bild für die gegenwärtige Lage der Goldbestände in den verschiedensten Ländern gibt.

### Die Zukunft des Goldes

Wie sich die Zukunft des Goldes und damit der Goldwährungen gestalten wird, wenn die Voraussagen der Sachverständigen in Genf tatsächlich zutreffen, lässt sich heute natürlich noch gar nicht übersehen. Bis 1950 ist jedenfalls noch sehr lange hin, und immer noch halten ausnahmslos alle Länder an der Goldwährung mit grösster Zähigkeit fest.

Wohl werden Vorschläge für die Ablösung der Goldwährung durch eine andere Währung immer häufiger gemacht — aber mit dem Problem der immer kleiner werdenden Golderzeugung haben sie tatsächlich gar nichts zu tun, sondern entspringen ganz anderen Motiven. Ihre Väter mögen es noch so gut mit ihrem Vaterland und der Weltwirtschaft überhaupt meinen, eins vergessen sie alle: dass es ungeheuer schwer sein dürfte, eine — genau so wie das Gold — internationale, in allen Staaten gleichmässig gültige Währungsbasis zu finden! Und dass schon aus diesem Grunde die soviel besprochene „Entthronung des Goldes" wohl noch lange auf sich warten lassen wird — — —

# Zellulose: Pläne und Sorgen

Die Entwicklung der Zellulosefabrikation Polens hängt in erster Reihe von den Verhältnissen der heimischen Papiererzeugung ab. Gestützt auf einen grossen Waldreichtum, konnte sich bereits vor dem Kriege in Polen eine heimische Papierproduktion beachtlichen Umfangs entfalten. Besonders günstig lagen die Verhältnisse in Kongresspolen, dessen Papierproduktion durch Zölle vor dem Wettbewerb der westeuropäischen Märkte geschützt wurde, und dessen überschüssige Papiererzeugnisse auf den russischen Binnenmärkten reichen Absatz fanden. Der Eigenverbrauch von 53 000 t wurde durch die Einfuhr von Qualitätspapier aus dem westlichen Europa und von Rotationspapier aus Finnland ergänzt. So ergab sich bereits in der Vorkriegszeit eine Teilung der Märkte zwischen Polen und den anderen europäischen papierproduzierenden Staaten, wobei Polen besonders hinsichtlich der Versorgung mit billigen Papiersorten Bedeutung gewann.

Nach der Wiederaufrichtung der Staatssouveränität verschob sich das Bild ganz wesentlich zuungunsten Polens. Der Verlust der russischen Märkte, der Zoll- und Handelskrieg mit Deutschland, die Aufrichtung von selbständigen Staaten, die eine eigene Papierproduktion begründeten, vor allem aber die technische Rückständigkeit der Erzeugungsstätten in Polen und der primitive organisatorische Aufbau der Papierindustrie wirkten sich für die Papiererzeugung nachteilig aus. Daraus erwuchs die Notwendigkeit, sich auf die Eigenart des eigenen Binnenmarktes und der westeuropäischen Absatzgebiete umzustellen. Die herrschende Kapitalknappheit stand jedoch den zur technischen Angleichung an die Produktion Westeuropas erforderlichen Investierungen im Wege. Infolge des Währungsverfalls und der wirtschaftspolitischen Einstellung der Regierung, die aus allgemeinen nationalen Gründen und aus Angst vor einer Ueberfremdung der heimischen Industrie der Aufnahme von Auslandsanleihen ablehnend gegenüberstand, war auch die Erlangung von langfristigen Krediten mit grossen Schwierigkeiten und finanziellen Verlusten verknüpft. Dazu kam der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der sich gleichfalls in der ersten Nachkriegszeit herausstellte. So war die polnische Produktion dem Wettbewerb des Auslandes nicht einmal auf dem inländischen Markte voll gewachsen, und letzterer besonders in der Deckung des Bedarfs an bestimmten Qualitätssorten auf die Zufuhr der westeuropäischen Staaten angewiesen. Zur Zeit nimmt Polen an der Versorgung der westeuropäischen Märkte nur in sehr bescheidenem Umfange und hauptsächlich mit billigen Papiersorten teil. Sein Zuschussbedarf besteht besonders in Zeitungspapier, das vorwiegend aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei bezogen wird.

Ueber

**die derzeitige Leistungsfähigkeit der heimischen Fabriken**

gehen die Ansichten in den Sachverständigenkreisen auseinander. Vielfach vertritt man die Meinung, dass die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Fabriken noch nicht voll ausgenutzt werde. Andere Auffassungen lauten dahin, dass die Produktionskapazität, entsprechend dem wachsenden Bedarf, ihren vollen Sättigungsgrad erreicht habe. Die Anhänger der ersteren Meinung hegen die Befürchtung, dass durch wachsenden Verbrauch von Papierholz in Polen in Verbindung mit der Steigerung des Absatzes von Papierholz nach dem Auslande angesichts des zu beobachtenden Raubbaues in der Waldwirtschaft Polen in absehbarer Zeit gezwungen sein wird, Papierholz aus Finnland oder der Tschechoslowakei zu importieren. Sie bekämpfen daher eine Politik, die den Export von Papierholz insbesondere nach Deutschland fördert. Der andere Standpunkt zieht aus der Annahme, dass die voll ausgenutzte Produktionskapazität unserer Papierindustrie zur Bedarfsdeckung nicht ausreicht, die Folgerung, dass Polen schon aus Gründen der Handels- und Zahlungsbilanz Wert darauf legen müsse, eine ansehnliche Menge unbearbeiteten Papierholzes an die deutschen Zellulosefabriken zu liefern und hierdurch seine Waldwirtschaft keineswegs gefährde. Das letzte Wort in dieser Kontroverse kann kaum gesprochen werden, bevor eine schlüssige Kontrolle der Waldwirtschaft durchgeführt ist.

Die massgebenden Regierungskreise machten sich den Standpunkt der Papierindustrie zu eigen, führten eine Absatzsperre für Papierholz nach Ostpreussen ein, und schützten die heimische Papierindustrie durch die Aufrichtung einer hohen Schutzzollmauer. Allein dieser Reglementierung des Papierimports resp. der Papierholzausfuhr blieb der Erfolg versagt. Obgleich der Anteil Deutschlands an dem Papierimport nach Polen im Zeitraum von 1924 bis 1929 von 60 auf 48 Prozent sank, konnten die krisenhaften Erscheinungen, wie Rückgang des Exports, anhaltende Preissenkungen usw. nicht aufgehalten werden.

In der Presse und in den Kreisen der Sachverständigen wird der Meinung Ausdruck gegeben, dass der Mangel an Zellulose für unsere Papierindustrie sehr nachteilige Folgen auslöst. Dieser Standpunkt wird von demjenigen Teil der Zellulosefabrikation bestritten, der sich eigene Papierfabriken angegliedert hat. Die eigene Zellulosestellung Polens stieg in dem Zeitraum von 1922—1930 von 34 300 t auf 63 397 t. Die Einfuhr wuchs in demselben Zeitabschnitt von 6187 t auf 19 980 t. Desgleichen lässt sich eine Aufholung der Ausfuhr von 4746 t auf 12 019 t und des Verbrauchs von 35 741 t auf 71 758 t feststellen. Nach den Angaben des Verbandes der polnischen Zellulosefabriken kann die Produktionskapazität der Zellulosefabriken wie folgt veranschlagt werden:

| | |
|---|---|
| Steinhagen & Saenger in Włocławek | 45 000 t |
| Oberschlesische Zellulosefabrik in Czułow | 9 000 t |
| Zellulosefabrik in Klucze | 12 000 t |
| „Natronag" in Kalety | 18 000 t |
| zusammen | 84 000 t |

Legt man diese Produktionsbasis zugrunde, so ist die Schlussfolgerung berechtigt,

**dass die heimische Zellulosefabrikation den Bedarf vollends decken kann,**

denn die tatsächliche Produktion des Jahres 1930 in der Höhe von 63 797 t und die Einfuhr von 19 980 t ergeben zusammen 83 777 t. Berücksichtigt man aber andererseits das Wachsen des Verbrauchs an Zellulose in seinem Verhältnis zur Steigerung der Produktion, so wird man vielmehr zu der Annahme neigen müssen, dass die Produktionsbasis an Zellulose für den polnischen Bedarf im Laufe der nächsten Zeit sich als zu schmal erweisen wird. Setzt man die Höhe der Erzeugung und den Verbrauch für das Jahr 1924 mit 100 an, so ergibt sich nämlich für das Jahr 1930 eine Steigerung der Produktion auf 155.2 und des Verbrauchs auf 231,8. Dass in Polen ein Mangel an Zellulose herrscht, ist ferner der Tatsache zu entnehmen, dass der Export von 1926 zu 1927 von 14 667 t auf 8067 t sank, die Einfuhr jedoch von 1921 auf 9058 t anwuchs. Abgesehen von gewissen Teilen der Papierindustrie ist es die Kunstseidenerzeugung, die auf die Einfuhr bestimmter Sorten von Zellulose aus dem Auslande angewiesen ist.

Nach den Angaben der Zellulosefabrikation, die über eigene Papierfabriken verfügt, bezifferte sich die Zelluloseerzeugung im Jahre 1930 auf 63 797 t. Der Verbrauch in den angeschlossenen Papierunternehmungen betrug 42 596 t, der Rest ging zu geringen Preisen an das Ausland, insbesondere nach Frankreich. Die fremden zelluloseverarbeitenden Unternehmungen importierten im Jahre 1930 73 Prozent ihres Bedarfs. Es wird behauptet, dass diese Importe an Zellulose nicht gerechtfertigt werden können, solange Polen zu sehr billigen Preisen Zellulose ausführen muss. Dieser Auffassung der Zellulosefabrikation wird von seiten der verarbeitenden Industrie aber entgegengehalten, dass Polen an der Versorgung seiner Veredelungsindustrie mit qualitativ ausreichenden Rohstoffen nicht minder interessiert sein muss, wie an der Rentabilität der Zellulosefabrikation.

Die trotz des Abschlusses einer internationalen Zellulosekonvention anhaltenden Preissenkungen für Zellulose auf den internationalen Märkten ermöglichen es, billige Zellulose nach Polen einzuführen. Die internationale Zellulosekonvention, der die Zellulosehersteller Schwedens, Norwegens, Finnlands, Deutschlands und der Tschechoslowakei zwecks Wiederherstellung der Rentabilität beitraten, führte zwar eine Produktionsrestriktion in der Höhe von 15 Prozent durch. Trotz dieser Konvention trat jedoch kein Rückgang der Erzeugung ein. Der gleichzeitige Rückgang des Verbrauchs führte vielmehr zu einer weiteren Anschwellung der Vorräte, die auf den Marktpreis drücken. Hinzu kam, dass die Vereinigten Staaten und Kanada, die früher als Bedarfsgebiete auftraten, nunmehr zur Belieferung der europäischen Märkte mit Zellulose übergingen.

**Der Preisrückgang für Zellulose**

macht sich trotz Zollschutzes auch in Polen in wachsendem Masse bemerkbar. Die inländischen Preise entsprechen zur Zeit den Weltmarktpreisen plus Zoll. Zum Schutze der Industrie wird die Erhöhung des Schutzzolles verlangt. Gleichzeitig versucht man durch straffe Konzentration der Kräfte eine genügende Rentabilität der Erzeugung zu sichern. Diesem Zweck der Zentralisierung dient das in der jüngsten Zeit gegründete Verkaufssyndikat „Centrocelulosa", das fast alle Betriebe, die Sulfitzellulose herstellen, umfasst. Inwieweit eine Zentralisierung des Verkaufs und eine Erhöhung der Schutzzölle die Zellulosefabrikation rentabler machen würde, ohne der weiterverarbeitenden Industrie hierdurch Nachteile zuzufügen, ist schwer zu sagen. Die Aufgabe der massgebenden Regierungskreise ist es jedenfalls, auch die Interessen der verarbeitenden Industrie in weitgehendem Masse zu schützen.

## Von den Aktiengesellschaften

### Polnische „Fiat"-Wagen für den baltischen Markt?

Wie verlautet, soll der kürzlich zwischen den Staatl. Poln. Ingenieurwerken und der italienischen Automobilfirma „Fiat" abgeschlossene Lizenzvertrag u. a. die Poln. Ingenieurwerke auch ermächtigen, die von ihnen in Zukunft zu bauenden „Fiat"-Wagen nicht nur in Polen selbst, sondern auch auf den Märkten der baltischen Randstaaten abzusetzen. Die polnischen „Fiat"-Wagen sollen unter der Marke „Polski Fiat" in den Handel gebracht werden.

### Ungewissheit über das Weiterbestehen der Brown Boveri-Werke

Die seinerzeit in Aussicht genommene ausserordentliche Generalversammlung der Brown Boveri in Baden, auf der die Entscheidung über Fortführung oder Liquidation der elektrotechnischen Werke in Polen fallen sollte, hat bisher vor allem aus dem Grunde nicht stattgefunden, weil man zunächst das Ergebnis der von der Motor Columbus mit der polnischen Regierung geführten Verhandlungen über eine Elektrifizierung Nordwestpolens abwarten will. Diese Verhandlungen, zu denen Mitte Oktober Vertreter der Motor Columbus nach Warschau gekommen waren, stossen infolge der allgemeinen Versteifung auf dem internationalen Geldmarkt neuerdings auf grosse Schwierigkeiten, werden indessen fortgeführt. Die Kosten der Elektrifizierung der in Frage stehenden Gebiete wurden seinerzeit bekanntlich auf 100 Mill. Schweizer Franken veranschlagt. Wie verlautet, sind die Versuche, verschiedene schweizerische Banken für dieses Projekt zu interessieren, erfolglos geblieben, worauf sich die Motor Columbus an französische Finanzgruppen gewandt hat, deren Stellungnahme bis jetzt noch nicht vorliegt. Im Falle einer Verwirklichung des Elektrifizierungsplanes, der die Vergebung grosser Aufträge an die Elektrotechnik nach sich ziehen würde, sollen auch die polnischen Werke der Brown Boveri weiter aufrecht erhalten werden. Die Verhandlungen über den Verkauf des Brown Boveri-Werks in Zychlin an eine grössere polnische Elektrizitätsfirma sind heute, wie man hört, als gescheitert zu betrachten. — Das Geschäftsjahr 1930 haben die Polnische Elektrizitätswerke Brown Boveri mit einem Verlust von 3 503 587 zł (zuzüglich des Verlustvortrages aus dem Vorjahre 3 632 781 zł) abgeschlossen.

## Neue Stickstoffverhandlungen in Paris

Die Mitglieder des jüngst aufgelösten Internationalen Stickstoff-Syndikats werden demnächst in Paris zu neuen Verhandlungen zusammenkommen, um u. a. die Gestaltung des Marktes zu besprechen, vor allem den gegenwärtig scharfen Preiskampf zu beseitigen. Dabei dürfte die Erneuerung des deutsch-französischen Handelsvertrages mit eine Rolle spielen, weil Deutschland viel Stickstoff nach Frankreich als Sachlieferung exportierte, während Frankreich jezt Zölle auf Stickstoff gelegt hat. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass Deutschland die Einfuhr von Chilesalpeter durch die kraft Notverordnung erlassenen Zölle fast ganz unterbunden hat, man aber in Chile nach Erneuerung eines Handelsvertrages auf eine Neuregelung rechnet.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Verhandlungen wird polnischerseits die Fortführung der Kunstdüngerfabrik der in Konkurs geratenen Firma „Oswag" in Wyry (Ostoberschlesien) erhofft. Die Kunstdüngerfabrik wurde vor einem Jahre mit schweizerischem Kapital in Betrieb gesetzt. Die Konkursverwaltung hat der „Polonia" zufolge beschlossen, die beiden anderen Unternehmen der Gesellschaft: die Fabrik für bergbauliche Sprengstoffe in Laziski und die Luntenfabrik in Jaworzna (Westgalizien) in Gang zu halten. Die Passiva der „Oswag" betragen 26 Mill. Złoty, die Aktiva, wie verlautet, etwa 33 Mill. Złoty. Die Forderungen der schweizerischen Banken und eines Berliner Bankhauses in Höhe von 10 Mill. Złoty sind hypothekarisch gesichert.

## Märkte

**Produktenbericht.** Berlin, 26. Oktober. Stetig, aber weiter ruhig. Die erwartete Zunahme des Inlandsangebotes ist infolge der Wetterbesserung nicht eingetreten, so dass das Geschäft an der Produktenbörse sich auch zu Beginn der neuen Woche nicht beleben konnte. Das an den hiesigen Platz gelangende Offertenmaterial von Weizen und Roggen bleibt bei unveränderten Forderungen mässig, andererseits sehen die an sich nicht reichlich versorgten Mühlen im Zusammenhang mit dem schleppenden Mehlabsatz keine Veranlassung, grössere Abschlüsse in Rohmaterial zu tätigen. Im Promptgeschäft war infolgedessen das Preisniveau für Weizen und Roggen unverändert. Am Lieferungsmarkt eröffnete Weizen stetig; die heute erfolgten Andienungen in Höhe von 570 t blieben ohne Einfluss auf die Preisgestaltung.

Roggen konnte seinen Preisstand bei schleppendem Geschäft in den späteren Sichten um 1 Mark bessern. Die Unternehmungslust war allgemein gering, was zum Teil auf die Unsicherheit bezüglich einer Neuregelung der Kartoffelflockenaktion zurückzuführen ist. Weizen- und Roggenmehle werden zu Sonnabendpreisen angeboten; einige Kauflust besteht weiter für billigere Provinzroggenmehle. Hafer bei mässigem, aber ausreichendem Angebot gut behauptet. Gerste am hiesigen Platze, auch in Industrie- und Futtersorten, ruhiger. Das Geschäft in Weizen und Roggenexportscheinen bleibt schleppend.

**Kartoffeln.** Berlin, 26. Oktober. Speisekartoffeln: Weisse 1.40—1.50, rote 1.60—1.80, gelbfleischige (ausser Nieren) 1.90—2.20, Odenwälder blaue 1.70—2, Fabrikkartoffeln 6—7 Pfg. pro Stärkeprozent.

**Eier.** 26. Oktober. Bericht der amtl. Notierungskommission für den Eiergrosshandel. Deutsche Eier. Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 13¼, Klasse A 60 g 12¾, Klasse B 53 g 12, Klasse C 48 g 10¾, frische Eier Klasse B 53 g 11¼, aussortierte kleine und Schmutzeier 8—9 Pfg. Auslandseier. Dänen 18er 12½, 17er 12, 15½—16er 11, Holländer, Durchschnittsgewicht 68 g 13½, 60—62 g 12½, Bulgaren 9½—9¾, Rumänen 8—10, Russen, normale 8½—9, Polen, grössere 9—9½, normale 7¾ bis 8¼, abweichende 7¾, kleine, mittel Schmutzeier 6½ bis 7½ Pfg. In- und ausländische Kühlhauseier. Grosse 10½, normale 7½—8. Kalkeier. Grosse 8¼, normale 6¾—7. Tendenz fester

## Vor Einführung einer Mehlabgabe?

In der Flut der neuen Steuerprojekte, die gegenwärtig den Sejm und die Oeffentlichkeit beschäftigen, ist der Plan der Einführung einer Verbrauchssteuer für Mehl aufgetaucht. Er wird mit der Notwendigkeit motiviert, für die Finanzierung des Ausfuhrprämiensystems neue Einnahmequellen zu eröffnen. Die Prämiierung des Getreide- und Mehlexportes wird bisher, wie auch die anderer Erzeugnisse, direkt aus Staatsmitteln finanziert; als Quellen für die dazu erforderlichen Mittel dienen vor allem die Zolleinkünfte des Staates, die dadurch jedoch eine erhebliche Verminderung erfahren. Die Regierung hat bereits mehrmals verlauten lassen, dass die Beibehaltung der Prämien in der gegenwärtigen Form den Staatshaushalt zu stark belastet und möglicherweise nicht in diesem Umfang wird aufrechterhalten werden können. Da aber die Prämiierung der Ausfuhr eine lebensnotwendige Bedingung für die Ausfuhr und damit für die Preiserhaltung landwirtschaftlicher Produkte darstellt, haben vor allem die landwirtschaftlichen Organisationen immer wieder mit Recht darauf hingewiesen, dass die Abschaffung oder auch nur Einschränkung der Prämien verhängnisvolle Folgen für die Gesamtwirtschaft nach sich ziehen müsste. Um daher das System in dem jetzigen Umfang aufrechterhalten zu können, will die Regierung nach bewährtem Muster einen Teil der sich aus der Prämiierung ergebenden Belastungen auf den Konsumenten abwälzen. Diesem Zweck soll die Mehlabgabe dienen, die nach dem vorliegenden Projekt mindestens einen halben Groschen pro Kilo betragen und von den Mühlen bzw. den Bäckereien zu entrichten sein wird. Das würde eine Verteuerung des Mehles um etwa 2 Prozent bedeuten, die natürlich vom Inlandsverbraucher getragen werden müsste, aber auch die Mühlen und Bäckereien sehr fühlbar belasten würde. Es braucht nicht gesagt zu werden, dass die Besteuerung eines lebensnotwendigen Artikels des ersten Bedarfes von der Bedeutung, wie sie das Mehl als Nahrungsmittel besitzt, auf keinen Fall gutgeheissen werden kann. Besteuert werden darf nach den allgemein für richtig befundenen Lehren moderner Volkswirtschaft nur der Verbrauch solcher Artikel, die zur Fristung des menschlichen Lebens nicht unumgänglich erforderlich sind (Luxus- und Genussartikel). Die nachteiligen Folgen einer Mehlbesteuerung dürfte vor allem auch der Erzeuger, also die Landwirtschaft, zu spüren bekommen, der unter den augenblicklichen Verhältnissen auf keinen Fall neue Lasten aufgebürdet werden dürfen. Allerdings soll der Plan, wie aus Regierungskreisen gemeldet wird, im Augenblick noch nicht spruchreif sein, so dass seine Verwirklichung erst zu Anfang des neuen Jahres wird erfolgen können.

## Internationale Handelskammer und Sterlingverträge

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat sich mit den Schwierigkeiten beschäftigt, die sich bei der Abwicklung der auf Pfund Sterling lautenden Verträge aus dem vorübergehenden Verzicht Grossbritanniens auf die Goldwährung ergeben. Der Verwaltungsrat glaubte, keinen Beschluss fassen zu sollen, um die volle Unabhängigkeit des Schiedsgerichtshofes der Internationalen Handelskammer nicht zu beschränken. Dieses Schiedsgericht steht allen Kaufleuten und Industriellen zur Verfügung, gleichviel, ob sie Mitglied der Internationalen Handelskammer sind oder nicht, damit alle internationalen Handelsstreitfälle gerecht und möglichst rasch durch ein Ausgleichsverfahren oder einen Schiedsspruch geregelt werden können.

## Posener Viehmarkt.

Posen, 27. Oktober 1931.

Auftrieb: Rinder 516, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 2090, Kälber 495, Schafe 190, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3291.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Posen mit Handelsunkosten).

| Rinder: | |
|---|---|
| **Ochsen:** | |
| a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt | 78—90 |
| b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren | 62—70 |
| c) ältere | 48—56 |
| d) mäßig genährte | 40—46 |
| **Bullen:** | |
| a) vollfleischige, ausgemästete | 64—70 |
| b) Mastbullen | 54—60 |
| c) gut genährte ältere | 46—52 |
| d) mäßig genährte | 40—44 |
| **Kühe:** | |
| a) vollfleischige, ausgemästete | 80—90 |
| b) Mastkühe | 66—76 |
| c) gut genährte | 46—50 |
| d) mäßig genährte | 30—40 |
| **Färsen:** | |
| a) vollfleischige, ausgemästete | 80—90 |
| b) Mastfärsen | 64—74 |
| c) gut genährte | 52—62 |
| d) mäßig genährte | 40—50 |
| **Jungvieh:** | |
| a) gut genährtes | 44—50 |
| b) mäßig genährtes | 40—44 |
| **Kälber:** | |
| a) beste ausgemästete Kälber | 96—100 |
| b) Mastkälber | 80—90 |
| c) gut genährte | 70—80 |
| d) mäßig genährte | 60—68 |
| **Schafe:** | |
| a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel | 92—107 |
| b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe | 70—80 |
| c) gut genährte | |
| **Mastschweine:** | |
| a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht | 110—116 |
| b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht | 102—108 |
| c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht | 92—100 |
| d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg | 82—90 |
| e) Sauen und späte Kastrate | 90—104 |
| f) Bacon-Schweine Richtpreis loko Verladestation | 78—82 |

Marktverlauf: Kein Umsatz mit Bacon-Schweinen

## Märkte

**Getreide.** Posen, 27. Oktober. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań

Transaktionspreise:

| | |
|---|---|
| Hafer 105 to. | 22.75 |

Richtpreise:

| | |
|---|---|
| Weizen | 22.25—22.75 |
| Roggen | 22.25—22.50 |
| Gerste 64—66 kg | 21.25—22.25 |
| Gerste 68 kg | 22.75—23.75 |
| Braugerste | 25.50—26.50 |
| Roggenmehl (65%) | 33.50—34.50 |
| Weizenmehl (65%) | 33.50—35.50 |
| Weizenkleie | 13.00—14.00 |
| Weizenkleie (dick) | 14.00—15.00 |
| Roggenkleie | 14.50—15.25 |
| Raps | 30.00—31.0 |
| Viktoriaerbsen | 21.00—26.00 |
| Folgererbsen | 25.00—27.00 |
| Speisekartoffeln | 2.50—2.80 |
| Fabrikkartoffeln pro Kilo % | 14.00 |
| Senf | 40.00—43.00 |

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 90 to., Weizen 75 to., Hafer 25 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

**Getreide.** Warschau, 26. Oktober. Amtliche Notierungen für 100 kg Waggon Warschau auf Grund der Börsenpreise: Roggen 24—24.25, Gutsweizen 25 bis 25.50, Sammelweizen 24—24.50, Einheitshafer 25 bis 26.50, Sammelhafer 23—24, Gerstengrütze 22 bis 22.50. Braugerste 25—26.50, Viktoriaerbsen 30—33, Winterraps 32—34, Weizenluxusmehl 43—52, Weizenkleie mittel 14—14.50, Roggenkleie 15—15.50, Leinkuchen 26—27, Rapskuchen 17.50—18.50, Sonnenblumenkuchen 40—44proz. 20.50—21.50. Mittlere Umsätze bei ruhiger Tendenz.

Lemberg, 26. Oktober. Marktpreise für 100 kg Parität Lemberg: Gutsweizen 22.50—23, Einheitsroggen 23—23.25, Sammelroggen 22.25—22.50, Einheitsgerste 19—19.50, Gutshafer 23.75—24.25, Weizenmehl 38—39, Luxusmehl 42—43, Roggenmehl 37—38, Roggenkleie 12.50—12.75, Weizenkleie 12—12.25, Gerstengrütze 30—32. Börsenpreise Parität Podwołoczyska: Kleinpoln. Gutshafer 21.25—21.75, Fabrikkartoffeln 4 bis 4.25. Marktpreise Parität Podwołoczyska: Gutsweizen 20.50—21, Sammelweizen 19—19.50, Einheitsroggen 21.25—21.75, Sammelroggen 20.75—21, Einheits-Gutsgerste 18.50—19, Mahlgerste 16.75—17.25, Sammelhafer 20—20.50, schwarze Wicke 19.50—20, graue 17.50—18, Roggenkleie 12.25—12.50, Weizenkleie 11 bis 11.25. An der Börse grössere Umsätze in Kartoffeln und Hafer. Gesamtumsatz 200 t, ausserbörslich in Roggen, Weizen und Gerste. Brotgetreide, Mehl, Kleie und Wicke steigen beträchtlich im Preise. Tendenz stark steigend.

Lublin, 26. Oktober. Amtliche Notierungen für Ware mittlerer Handelsgüte, Standardgewicht, für 100 kg auf Grund der Börsengeschäfte: Gutsweizen 60 t 23, Einheitshafer 15 t 23.25. Richtpreise Parität Lublin: Gutsroggen 22.50, Braugerste 23.50—24, Grützgerste 20—20.50, Sammelhafer 21.75—22.25, Weizenmehl 40proz. 42, 65proz. 38, Roggen-Typmehl 35, Roggenkleie 13, Weizenkleie dick 13.50, Winterraps 31—32, Rotklee 140—160, Weissklee 275—375, Speisekartoffeln 4.50—5, Stroh lose 4—5, Heu lose 9—11. Geringe Umsätze bei geringem Roggenangebot und behaupteter Tendenz.

Danzig, 26. Oktober. Die Stimmung ist für alle Artikel freundlich, zum Teil sind höhere Preise zu erzielen als am Sonnabend. Die nur in kleinen Mengen angebotene Ware wird gern aufgenommen.

**Vieh und Fleisch.** Warschau, 26. Oktober. Schweinenotiz pro kg Lebendgewicht nach der Versicherungskasse 0.90—1.65. Aufgetrieben wurden 1085 Stück, verblieben waren vom vorigen Male 115. Markttendenz träge.

Lemberg, 24. Oktober. Preise für die Zeit vom 17. bis zum 24. Oktober pro kg Lebendgewicht auf dem Zentral-Viehmarkt: Bullen 1. Sorte 0.65—0.70, 2. Sorte 0.50—0.60, Kühe 1. Sorte 0.70—0.75, 2. Sorte 0.55—0.60, 3. Sorte 0.40, Färsen 1. Sorte 0.70—0.80, 2. Sorte 0.60—0.65, Kälber 0.70—1.

Krakau, 24. Oktober. Preise pro kg Lebendgewicht loko Viehmarkt: Bullen 1. Sorte 0.70—0.80, 2. Sorte 0.60—0.70, 3. Sorte 0.43—0.60, Ochsen 1. Sorte 0.88—0.91, 2. Sorte 0.60—0.80, 3. Sorte 0.52—0.60, Kühe 1. Sorte 0.70—0.78, 2. Sorte 0.50—0.70, 3. Sorte 0.30—0.52, Färsen 1. Sorte 0.75—0.80, 2. Sorte 0.55 bis 0.75, 3. Sorte 0.35—0.55, Kälber 1. Sorte 1.30 bis 1.45, 2. Sorte 1—1.30, 3. Sorte 0.87—1. Schweine Lebendgewicht 1. Sorte 1.30—1.50, 2. Sorte 1—1.30, 3. Sorte 0.90—1.10, Schweine Schlachtgewicht 1. Sorte 1.80—1.96, 2. Sorte 1.50—1.80, 3. Sorte 1.30—1.50. Tendenz im allgemeinen nicht einheitlich.

**Fische.** Warschau, 26. Oktober. Auf dem Fischmarkt wurden vom Produzentenverband pro kg im Grosshandel franko Warschau folgende Preise notiert: Karpfen lebend 2, im Kleinverkauf in den Mirowskischen Hallen pro kg in Złoty: Karpfen lebend 2.50, tot 1.50, Schleie lebend 3.50, tot 2—2.50, Karauschen lebend 4, tot 2—2.50, Lachs 6, Aal tot 4, Eiszander 2.80—3, Wels geschn. 3, Hecht lebend 4.50 tot 2—3, Sprotten 3. Tendenz schwach, bei grosser Zufuhr von russischen Fischen und Karpfen. Preise etwas niedriger.

**Eier und Molkereierzeugnisse.** Lemberg, 26. Oktober. Marktpreise für 100 kg loko Magazin Lemberg-Stadt: Prima Butter 330—350, Tafelbutter 300—310, Kochbutter 250—270, Quark bis 60, Molkereiquark gesalzen 20—30. Preise für 100 kg loko Bahnmagazin Lemberg-Stadt: Vollmilch 20—28. Exporteier loko Piotrowice oder Chorzow für 2½ Kisten in Dollar Standard 51—54 19.50—20, 48—51 16.50—17. Exporteier in Złoty 51—54 172.50—177, 48—51 164.75—151.25, inl. Originaleier loko Lemberg für eine grosse Kiste 1440 Stück 130—133. Die Eier sind im Inlandsverkehr etwas teurer geworden, sonst ist die Lage unverändert.

**Getreide-Termingeschäft.** Berlin, 26. Oktober. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71.5 kg Hektoliter-Gewicht Oktober 229.50, Dezember 231, März 240 Geld. Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht Oktober 196.50—197.50, Dezember 197.25—197.50 Geld. März 204.50—204.75. Hafer: Oktober 155—156, Dezember 156.50—157.

## Danziger Börse

Danzig, 26. Oktober. Scheck London 19.85, Dollarnoten 5.03, Reichsmarknoten 118¼, Złotynoten 56,74.

An der heutigen Börse zeigte sich Interesse für Dollarnoten, die auf 5.03 anzogen, bei unverändert 5.06 für Auszahlung New York. Für Reichsmark hörte man im Freiverkehr für Noten einen Kurs von 117½ bis 119, für Auszahlung ebenso. Scheck London wurde mit 19.85 notiert.

Der Złoty war wenig verändert mit 56.68—80 für Noten. Die Umsätze waren geringfügig.

**Der Reichsmarkkurs bei der Bank von Danzig.** Der Kurs für kleine Beträge bis zu 300 RM. pro Person und Woche, die nachweislich aus dem Reiseverkehr stammen, lautet für heute nach Mitteilung der Bank von Danzig auf 119.90 G. und 120.14 B. für 100 RM.

## Warschauer Börse

Warschau, 26. Oktober. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.87, Goldrubel 5.45, Tscherwonez 0.37 Dollar, deutsche Mark 209.25—208.75, engl. Pfund 35,15.

Amtlich nicht notierte Devisen: Berlin 209, Bukarest 5.34, Danzig 176.10, Holland 361.25, Kopenhagen 195, Oslo 195, Stockholm 207, Tallinn 236, Montreal 7.99.

### Fest verzinsliche Werte

| | 26. 10. | 24. 10 |
|---|---|---|
| 5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł) | 41.25 | 41.25 |
| 6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar) | 61.00 | — |
| 10% Eisenbahn-Konvert Anleihe (100 zł) | — | — |
| 5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr) | — | — |
| 4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100 G.-zł) | 81.00 | 81.00 |
| 7% Stabilisierungs-Anleihe | 56.00 | 56.00 |

### Industrieaktien

| | 26. 10. | 24. 10. | | 26.10. | 24.10. |
|---|---|---|---|---|---|
| Bank Polski | 110.00 | 110.00 | Węgiel | — | — |
| Bank Dyskont. | — | — | Nafta | — | — |
| Bk Handl. i. W | — | — | Polska Nafta | — | — |
| Bk Zachodni | — | — | Nobel-Stand. | — | — |
| Bk. Zw Sp. Z. | — | — | Cegielski | — | — |
| Grodzisk | — | — | Lilpop | — | 14.00 |
| Puls | — | — | Modrzejów | — | — |
| Spies | — | — | Norblin | — | — |
| Strem | — | — | Orthwein | — | — |
| Elektr. Dąbr. | — | — | Ostrowieckie | — | — |
| Elektryczność | — | — | Parowozy | — | — |
| P. T. Elektr. | — | — | Pocisk | — | — |
| Starachowice | — | — | Rohn | — | — |
| Browu Boveri | — | — | Rudzki | — | — |
| Kabel | — | — | Stąporków | — | — |
| Siła i Światło | — | — | Ursus | — | — |
| Chodorów | — | — | Zieleniewski | — | — |
| Czersk | — | — | Zawiercie | — | — |
| Częstocice | — | — | Borkowski | — | — |
| Gosławice | — | — | Br. Jabłków | — | — |
| Michałów | — | — | Syndykat | — | — |
| Ostrowite | — | — | Haberbusch | — | — |
| W. T. F. Cukru | — | | Herbata | — | — |
| Firley | — | — | Spirytus | — | — |
| Łazy | — | — | Żegluga | — | — |
| Wysoka | — | — | Majewski | — | — |
| Sole Potasowe | — | — | Mirków | — | — |
| Drzewo | — | — | Kijewski | — | — |

Tendenz: schwächer.
Bank Polski behauptet.

### Amtliche Devisenkurse

| | 26. 10. Geld | 26. 10. Brief | 24. 10. Geld | 24. 10. Brief |
|---|---|---|---|---|
| Amsterdam | — | — | 360.50 | 362.30 |
| Danzig | — | — | — | — |
| Berlin *) | — | — | — | — |
| Brüssel | 124.39 | 125.01 | — | — |
| Helsingfors | — | — | — | — |
| London | 35.01 | 35.19 | 34.96 | 35.14 |
| New York (Scheck) | 8.892 | 8.932 | 8.893 | 8.933 |
| Paris | 35.03 | 35.21 | 35.02 | 35.20 |
| Prag | 26.35 | 26.47 | 26.35 | 26.47 |
| Rom | 46.38 | 46.62 | 46.48 | 46.72 |
| Kopenhagen | — | — | — | — |
| Stockholm | — | — | — | — |
| Oslo | — | — | — | — |
| Bukarest | — | — | — | — |
| Budapest | — | — | — | — |
| Wien | — | — | — | — |
| Zürich | 174.57 | 175.43 | 174.62 | 175.48 |

Tendenz: nicht einheitlich.
Belgien schwächer.

Sämtl. Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

## Posener Börse

(Schlusskurse)

### Fest verzinsliche Werte

| Notierungen in %: | 27. 10. | 26. 10. |
|---|---|---|
| 8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł) | — | |
| 5% Konvertierungsanleihe (100 zł) | 40.50G | 40.50G |
| 10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.) | — | — |
| 6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar) | — | — |
| 8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł) | — | — |
| 7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.) | — | — |
| 8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1927 | — | — |
| 8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1926 | 92.00G | 92.00G |
| 8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.) | 77.50+ | 29.50+ |
| 4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł) | 29.00+ | — |
| 8% Amortisations-Dollarpfandbriefe | — | |
| Notierungen je Stück: | | |
| 6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner) | 14.00 B | 14.00B |
| 3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.) | — | — |
| 3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.) | — | — |
| 4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.) | — | — |
| 3½ u. 4% Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.) | — | — |
| 5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar) | — | — |
| 4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł) | 77.00G | — |
| 8% Hypothekenbriefe | — | |

### Industrieaktien

| | 27. 10. | 26. 10. | | 27. 10. | 26. 10. |
|---|---|---|---|---|---|
| Bank Polski | — | 109.00B | Hartwig C. | — | — |
| Bk. Kw. Pot. | — | — | H. Kantorowicz | — | — |
| Bk. Przemysł. | — | — | Herzf. Victor. | — | — |
| Bk. Zw. Sp. Z. | — | — | Lloyd Bydg. | — | — |
| P. Bk. Handl. | — | — | Luban | — | — |
| P. Bk. Ziemian | — | — | Dr. Roman May | — | — |
| Bk. Stadthagen | — | — | Młyn Wągrow. | — | — |
| Arkona | — | — | Młyn Ziem. | — | — |
| Browar Grodz. | — | — | Piechcin | — | — |
| Browar Krot. | — | — | Płótno | — | — |
| Brzeski-Auto | — | — | P. Sp. Drzewna | — | — |
| Cegielski H. | — | — | Sp. Stolarska | — | — |
| Centr. Rolnik. | — | — | Tri | — | — |
| Centr. Skór | — | | Unja | — | — |
| Goplana | — | | Wytw. Chem. | — | — |
| Gródek Elektr. | — | — | Wyr. Cer. Krot. | — | — |
| Cukr. Zdun. | — | — | Zw. Ctr. Masz. | | |

Tendenz: ruhig.

## Berliner Börse

### Amtliche Devisenkurse

| | 26. 10. Geld | 26. 10. Brief | 24. 10. Geld | 24. 10. Brief |
|---|---|---|---|---|
| Bukarest | 2.552 | 2.558 | 2.552 | 2.558 |
| Buenos Aires | 0.978 | 0.982 | 0.978 | 0.982 |
| Canada | 3.786 | 3.794 | 3.756 | 3.764 |
| Japan | 2.058 | 2.062 | 2.058 | 2.062 |
| Kairo | 16.89 | 16.93 | 16.36 | 16.90 |
| Konstantinopel | — | — | — | — |
| London | 16.49 | 16.53 | 16.46 | 16.50 |
| New York | 4.209 | 4.217 | 4.209 | 4.217 |
| Rio de Janeiro | 0.255 | 0.257 | 0.255 | 0.257 |
| Uruguay | 1.449 | 1.451 | 1.399 | 1.401 |
| Amsterdam | 170.78 | 171.12 | 170.78 | 171.12 |
| Athen | 5.195 | 5.205 | 5.195 | 5.205 |
| Brüssel | 58.94 | 59.06 | 58.94 | 59.06 |
| Budapest | 73.28 | 73.42 | 73.28 | 73.42 |
| Danzig | 83.22 | 83.38 | 83.22 | 83.38 |
| Helsingfors | 8.59 | 8.61 | 8.54 | 8.56 |
| Italien | 21.83 | 21.87 | 21.83 | 21.87 |
| Jugoslawien | 7.473 | 7.487 | 7.473 | 7.487 |
| Kaunas (Kowno) | 42.31 | 42.39 | 42.31 | 42.39 |
| Kopenhagen | 93.01 | 93.19 | 93.11 | 93.29 |
| Reykjawik 100 Kronen | 74.43 | 74.57 | 74.43 | 74.57 |
| Lissabon | 14.99 | 15.01 | 14.99 | 15.01 |
| Oslo | 92.61 | 92.79 | 92.61 | 92.79 |
| Paris | 16.61 | 16.65 | 16.61 | 16.65 |
| Prag | 12.47 | 12.49 | 12.47 | 12.49 |
| Schweiz | 82.52 | 82.68 | 82.52 | 82.68 |
| Sofia | 3.072 | 3.078 | 3.072 | 3.078 |
| Spanien | 37.66 | 37.74 | 37.66 | 37.74 |
| Stockholm | 97.15 | 97.35 | 97.90 | 98.10 |
| Wien | 58.94 | 59.06 | 58.94 | 59.06 |
| Talinn | 113.14 | 113.36 | 113.14 | 113.36 |
| Riga | 81.37 | 81.53 | 81.37 | 81.53 |
| Warschau | — | — | — | — |



# Das Ende einer bösen Mär

## Ein lehrreiches Beispiel: Gericht stellt die Loyalität der Deutschen fest

**k. Lissa.** Eine interessante Privatklage fand gestern vor dem Lissaer Bezirksgericht statt. Zu verantworten hatte sich der frühere Nachtwächter von Schmiegel, Peter Bartkowiak, wegen Vergehens gegen den § 186 (Verbreitung unwahrer Tatsachen). Der Anklageakt war durch den Privatkläger, Herrn Kaufmann Melzer-Schmiegel, eingereicht worden, und stützte sich auf folgendes: Im Mai d. Js. kamen in der Gastwirtschaft des Herrn Fechner-Schmiegel mehrere deutsche Herren zusammen, die bei einem Glas Bier sich unterhielten und schließlich auch verschiedene fröhliche Lieder sangen.

**Der Nachtwächter Peter Bartkowiak hat einen Tag später in einem Rapport am Magistrat angegeben, daß im Restaurant Fechner antipolnische Lieder, u. a. auch das Deutschlandlied, gesungen wurden.**

**Daraufhin bekamen die Teilnehmer des Bierabends Strafmandate wegen nächtlicher Ruhestörung.**

**Die polnische Ortspresse hat, wie nicht anders zu erwarten war, den Fall aufgegriffen und ins Unermeßliche aufgebauscht.**

Gegen den Nachtwächter haben die Bestraften eine Klage wegen Verbreitung unwahrer Tatsachen eingereicht. Am 18. Juli d. Js. wurde die Angelegenheit zum ersten Male vor dem Schmiegeler Kreisgericht verhandelt. Damals wurde der angeklagte Nachtwächter in einem Falle zu 10 und im anderen Falle zu 30 Złoty Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, und so kam es gestern vor dem Lissaer Bezirksgericht zur zweiten Verhandlung. Auch die hiesigen Richter standen auf demselben Standpunkt wie ihr Schmiegeler Kollege und haben die Berufung abgelehnt und das Urteil der ersten Instanz bestätigt.

**In der Begründung sagte der Vorsitzende, daß er die Strafe nicht erhöht, weil der Privatkläger es nicht gefordert habe. Dem Kläger liege nur daran, festgestellt zu wissen, daß er zwar ein Mann deutscher Nationalität, aber ein loyaler Bürger des polnischen Staates ist.**

Die Beweisaufnahme hat einwandfrei ergeben, daß in der Nacht vom 7. zum 8. Mai im Lokal des Herrn Fechner das Deutschlandlied nicht gesungen wurde. Der Angeklagte habe aber in seinem Rapport dergleichen behauptet, wodurch er den Privatkläger in den Ruf der Illoyalität gebracht hätte. Das Gericht sehe sich gezwungen, das Urteil der ersten Instanz aufrechtzuerhalten.

# Auch die Eisenbahn spart

## Gefährliche Einstellung im Streckenbau?

✕ **Posen,** 23. Oktober. Große Unzufriedenheit hat in letzter Zeit unter den Eisenbahnern die Reduktion der Arbeitstage im Bezirk der Posener Eisenbahndirektion hervorgerufen. Seit Mitte August begann man mit zwangsweisen Feierschichten im Streckendienst, zunächst in der Streckenabteilung Wollstein und letztens in den Abteilungen Posen 1, Jarotschin und Wongrowitz. Man verheimlichte auch nicht, daß schon in nächster Zeit die Reduktion der Arbeitstage in den übrigen Streckenabteilungen erfolgen werde. Statt der von der Direktion veranschlagten fünf Millionen Złoty für Streckenarbeiten hat das Verkehrsministerium infolge dieser Reduktionen für das Haushaltsjahr 1931/32 nur 2 750 000 zł zuerkannt. Diese Summe kann natürlich zur Bezahlung der betreffenden Streckenarbeiter nicht ausreichen. So hat denn die Vereinigung der polnischen Eisenbahner im Verkehrsministerium interveniert, mit dem Hinweis darauf, daß eine entsprechende

**Sicherung der Strecken für die Winterzeit notwendig**

sei, und daß eine Vernachlässigung der nötigen Konservierungsarbeiten der Eisenbahnverwaltung erheblich größere Verluste bringen könnte als die durch Unterlassung der betreffenden Arbeiten eingesparte Summe. Man hat beim Ministerium beantragt, daß der Posener Direktion ein Zusatzkredit für Ausgaben auf dem Gebiete der Streckenarbeiten in der Höhe zugesprochen würde, wie es die Konservierungsarbeiten erforderten. Unabhängig von diesem Antrage hat der Bezirksvorsitzende der Vereinigung der polnischen Eisenbahner, Zimny, und der Vizevorsitzende des Hauptvorstandes, Budniak, persönlich im Verkehrsministerium dahingehend interveniert, daß das Ministerium der Posener Direktion einen Zusatzkredit von vorläufig 100 000 zł zusprechen soll. Das Verkehrsministerium dürfte sich dem Argument der Notwendigkeit von Streckenarbeiten mit Rücksicht auf die Sicherheit des Zugverkehrs nicht verschließen.



# Briefkasten der Schriftleitung

**Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 11 bis 12 Uhr.**

**Stammtisch Leopold.** Ein deutscher Reichsminister hat jetzt keinen Anspruch mehr auf Pension. Wohl aber erhält ein solcher für eine bestimmte Zeit, die sich nach der Amtsdauer richtet, ein „Uebergangsgeld". Dieses beträgt in den ersten drei Monaten die Höhe des Gehaltes, für den Rest der in Frage kommenden Zeit die Hälfte eines Monatsgehaltes. Bei Uebernahme eines neuen gleichwertigen Amtes ruht selbstverständlich der Anspruch auf das Uebergangsgeld.

**Wilh. St.** Ein Kabeltelegramm, richtiger ein elektrisches Signal, aus denen sich ja die Telegramme zusammensetzen, nimmt nach den Vereinigten Staaten nur drei Zehntel-Sekunde in Anspruch. Das Kabel ist 4325 Kilometer lang.

**David S.** Daß Ihre Bürgschaft für das Darlehen vor acht Jahren geschah, tut nichts zur Sache. Ist das Darlehen seither nicht zurückgezahlt worden, so können Sie auch heute noch auf Grund Ihrer Bürgschaft in Anspruch genommen werden, da Sie sich jedenfalls nur für eine bestimmte Summe, aber nicht auch für eine bestimmte Zeit verbürgt haben. Darlehen verjähren erst nach 30 Jahren, solange gilt auch eine Bürgschaft hierfür.

**Gustav E.** Sie fragen: Wann ist eine Mitgift zu zahlen? Vor oder nach der Eheschließung? Die Mitgift hat der Brautvater erst nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung zu zahlen. So ist auch schon gerichtlich entschieden worden.

## Rawitsch

☐ **Welage.** Der Vorstand des hiesigen Landwirtschaftlichen Vereins hatte seine Mitglieder und deren Angehörige zu einem Vortrag des Gartenbaudirektors Reissert für Freitag nachmittag 4.30 Uhr eingeladen. Es war bedauerlich, daß die hochinteressanten Ausführungen über „Pflege und Behandlung der Obstbäume und Verwertung des Obstes" nicht vor gefüllten Räumen stattfand. Der Vortrag war den hiesigen Verhältnissen angepaßt. Der Redner empfahl die Bäume aus den Baumschulen Jutroschin und Sarne und gab auch eine ganze Reihe von Sorten an, die den hiesigen Boden lieben und gutes Fortkommen versprechen. — Reichen Beifall zollten die Anwesenden am Schlusse des Vortrages dem Redner. Auch Mitglieder von auswärts (Hallerowo = Pakoswalde) nahmen an der Versammlung teil.

## Filehne

ss. **Getreidediebstahl.** Herr Maurermeister Kroll bewahrte in einer leeren Wohnung seines Hauses, ul. Kościuszka, Roggen auf. Diebe haben vom Hofe aus eine Scheibe eingedrückt und zirka 13 Zentner gestohlen. Den Umständen nach müssen die Diebe zur Nachbarschaft gehören.

## Kletzko

O. Die hiesige Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe hielt am 18. d. Mts. im Vereinslokal ihre Monatsversammlung ab. Eine ganze Reihe geschäftlicher und wirtschaftlicher Angelegenheiten kamen zur Aussprache und Klärung. Leider mußte der Herr Vorsitzende auch mehrere Austrittserklärungen bekanntgeben. Die Versammlung faßte einmütig eine Entschließung, in der erklärt wurde, daß gerade in Notzeiten ein besonders enger Zusammenhalt und treues Festhalten an der Organisation geboten sei. Ebenso müsse man gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisis besonderes Verständnis für die Arbeit und Ziele einer Berufsorganisation zeigen. Die Sitzungen der Ortsgruppe finden im Winterhalbjahr regelmäßig am Sonntag nach dem 15. jeden Monats um 4 Uhr nachmittags statt.

## Inowroclaw

z. **Ausschreibung.** Der hiesige Magistrat gibt bekannt, daß die Lieferung von 2000 Ztr. Eßkartoffeln, 50 Ztr. Wruken und 100 Ztr. Mohrrüben zu vergeben ist. Offerten nebst Beifügung von Mustern und Angabe der Preise sind bis zum 31. Oktober 1931 einzureichen. Die Lieferung hat loko Magistrat Inowroclaw zu erfolgen.

z. **Rattenvertilgung.** Der hiesige Magistrat, Abteilung Gesundheitsamt, macht bekannt, daß die Rattenvertilgung im Herbst dieses Jahres am 30. und 31. Oktober und 20. und 21. November durchgeführt werden muß. Als Vertilgungsmittel ist „Ratyn" und „Ratynin" vorgeschrieben. Spezielle Erlaubnisscheine werden dazu nicht ausgegeben, es ist nur bei der Kontrolle die Verpackung mit dem Stempel und dem Datum des Geschäfts, in welchem das Gift gekauft ist, vorzulegen. Bekanntmachungen sind an verschiedenen Stellen der Stadt ausgehängt.

z. **Verunglückt.** Die Ehefrau des Landwirts Erich Strutzberg bei Gniewkowo wollte ihrem Manne beim Unterbringen des Ackerwagens in den Schuppen behilflich sein. Dabei geriet die Frau mit der Hand so unglücklich zwischen das Vorderrad und den Wagenschemel, daß sie ihr regelrecht auseinandergerissen wurde.

z. **Diamantene Hochzeit.** Das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit feierte in diesen Tagen das Franz und Marie Semrausche Ehepaar aus Wilatowo bei Gniewkowo. Das Jubelpaar, das sich noch bester Gesundheit erfreut, ist 87 resp. 82 Jahre alt.

die nachweisen sollen, daß die erhobenen Anschuldigungen tatsächlich zu recht bestehen. Hauptsächlich werden Sätze aus Aufrufen, Artikeln und Reden zitiert, die von Angehörigen des „Centrolew“ ausgingen. In der Anklage heißt es, daß der „Centrolew“ ein Gefüge aus der polnischen Sozialistischen Partei, den Piasten, der Wyzwolenie, der Bauernpartei und der Nationalen Arbeiterpartei gewesen sei, Parteien, zwischen denen ein Abgrund von ideellen und taktischen Unterschieden bestehe, die lediglich durch einen brennenden Haß gegen die Regierung zusammengefügt waren. Bei der „Aufklärung der Massen“ hätten die Angeklagten alle Skrupel beiseite gelassen und wären sogar so weit gegangen, zu behaupten, daß die Regierung absichtlich zum Schaden der Staatsbürger arbeite. Hand in Hand damit wäre eine Aktion in der Presse unternommen worden, die planmäßig alle mit Schmutz beworfen hätte. Man hätte sogar illegale Flugschriften veröffentlicht, die die niedrigsten Lügen enthalten hätten. Je mehr man sich dem Krakauer Kongreß näherte, um so stärker sei in der Presse wie in den Flugschriften zum aktiven Kampf gegen die Regierung aufgefordert worden. Neben dieser Presseaktion wäre außerdem eine Agitation in öffentlichen Versammlungen mit denselben Zielen betrieben worden.

Nach der Aufführung der einzelnen Zitate aus Reden der Angeklagten beschäftigt sich der Anklageakt besonders eingehend mit den Vorbereitungen zum Krakauer Kongreß und dem Verlauf des Kongresses, dessen Zweck ein bewaffneter Marsch nach Warschau zur Stürzung der Regierung gewesen sei. Auf dem Krakauer Kongreß hätte man auch junge, nach militärischer Art organisierte und bewaffnete Leute konzentriert. Nach dem Kongreß, auf dem die bekannten revolutionären Beschließungen gefaßt wurden, verabschiedete man sich „bis auf ein Wiedersehen in Warschau“ und gelobte sich gegenseitig die Bereitschaft, selbst das Leben auf den Barrikaden des Bruderkampfes hinzugeben. Die Beschlüsse des Krakauer Kongresses trügen einen entschieden revolutionären Charakter. Zeugen wollen gehört haben, daß Teilnehmer des Kongresses untereinander sagten, wenn die Regierung nach dem Kongreß nicht gutwillig zurücktrete, so würde man eine Revolution machen.

Ein weiterer Teil der Anklage befaßt sich mit der Vorbereitung eines bewaffneten Umsturzes und führt Tatsachen an, die beweisen sollen, daß die polnische Sozialistische Partei eine militärische Miliz organisierte, Kampfinstrukteurkurse abhielt mit besonderen Vorträgen über Barrikadenbau, Eroberung von Tanks, Eroberung von Polizeikommissariaten usw. Die Miliz der Sozialisten sei bewaffnet gewesen, die Waffen wurden von Firmen geliefert, die mit Waffen handeln und im Kontakt mit der Partei standen. Kurz vor dem Krakauer Kongreß hätte die Miliz besonders viele Waffen aufgekauft. Zu diesem Zwecke hätte man die Berufsverbände besteuert und für das Geld dann Revolver und Tränenbomben erworben. Ein Polizeikommissar sagte aus, daß das Hauptwaffenlager der Sozialisten der Sejm gewesen sei, und zwar die Wohnung der sozialistischen Abgeordneten im Sejmhotel, die größere Mengen von Revolvern aus dem Ausland eingeführt hätten. Von den Waffen hatte man die Nummern entfernt. Vor dem Krakauer Kongreß hätte die Miliz zahlreiche Uebungen abgehalten, und zwar in Uniform. Die Anklage führt hier einige Fälle an, in denen von Polizeibeamten solche Uebungen festgestellt wurden. Besonders soll sich bei der Propagierung von Kampfhandlungen der Redakteur Dubois vom „Robotnik“ hervorgetan haben. Bei der Behandlung der Organisation von Terrorakten durch die sozialistische Miliz werden in dem Anklageakt der Jagodzinski-Prozeß, die Vorfälle am 14. September des vorigen Jahres, der Czenstochauer Krankenkassenmord und andere Fälle mehr angeführt. In der Anklage wird außerdem behauptet, daß nach dem Vorfall des Eindringens von Offizieren in den Sejm am 31. Oktober 1929 die Sozialisten beschlossen hätten, eine eigene, mit Revolvern bewaffnete Kampftruppe ständig auf den Tribünen zu halten. Auch Korfanty wird als Führer und Organisator des „Nationalen Verbandes der oberschlesischen Aufständischen“ mit der Vorbereitung eines bewaffneten Umsturzes in Zusammenhang gebracht.

Die Tätigkeit der Oppositionsführer auf internationalem Gebiet ist ebenfalls Gegenstand der Anklage. Der Abgeordnete Barlicki soll erklärt haben, daß die Sozialisten auf internationalem Gebiet versuchen würden, der Regierung in ihren Anleihebemühungen hinderlich zu sein. Außerdem hätte man das Ausland ständig über die Zustände in Polen falsch informiert. Der Abgeordnete Ciolkosz hätte sich im Dezember 1929 für eine Aufgabe der Souveränität über Pommerellen seitens Polen erklärt. Die Aktion des „Centrolew“ hätte außerdem einen äußerst ungünstigen Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse in den südöstlichen Wojewodschaften ausgeübt und wäre aktiv von ukrainischen Terroristen unterstützt worden.

Die revolutionäre Aktion des „Centrolew“ nach dem Krakauer Kongreß hätte darin bestanden, daß man für den 14. September Massendemonstrationen in allen größeren Städten Polens anordnete. Die Auflösung des Sejm am 1. September und die Verhaftung der Führer des „Centrolew“ am 10. September hätte der revolutionären Bewegung die Spitze abgebrochen. Trotzdem wäre es am 14. September an verschiedenen Orten Polens zu blutigen Zwischenfällen gekommen, vor allem in Warschau und in Thorn.

Die Anklageschrift führt dann zum Schluß die einzelnen Paragraphen des Strafgesetzbuches an, die auf die Delikte Bezug haben. Die höchste Strafe kann gegen die Angeklagten auf Grund des § 100 erkannt werden, der eine Strafe von 10 Jahren Zuchthaus vorsieht. Es sind insgesamt 186 Zeugen aus ganz Polen geladen, darunter zahlreiche bekannte Persönlichkeiten, auch der Vizeminister Stamirowski.

**Die Verlesung der Anklageschrift nahm vier Stunden in Anspruch und dauerte bis 6 Uhr abends. Das Gericht wollte dann noch zum Verhören der Angeklagten übergehen, auf Antrag der Verteidigung unterblieb jedoch die weitere Verhandlung und wurde auf den heutigen Dienstag 9 Uhr morgens anberaumt.**

## „Daily Telegraph“ zu Lavals Amerikareise

**London, 27. Oktober.** „Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel über Lavals Besuch in Amerika u. a., **aus den gebrauchten Wendungen könne geschlossen werden, daß beide Regierungen eine internationale Aktion zur Regulierung der Goldbewegungen in Erwägung ziehen werden. Dies sei wichtig und hoffnungsvoll. Wichtig sei auch, daß, wenn auch mit Vorbehalt, von der eventuellen Revision der Kriegsschulden und Reparationen vor Ablauf des Hoover-Moratoriums gesprochen wurde. Ministerpräsident Laval beabsichtige, wie es heißt, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Ein Hauptziel seines Besuches habe er erreicht, indem er die Möglichkeit einer amerikanischen Aktion ohne vorherige Befragung der interessierten Mächte beseitigt habe. Das Blatt schließt: So weit die Washingtoner Besprechungen die Abrüstungsfrage betreffen, kann ihr Ergebnis nur den Eindruck verstärken, ob nicht ein Aufschub der für Februar festgesetzten Konferenz im Interesse der gemeinsamen Sache der Zivilisation liegen würde.**

*

Zu den Besprechungen Lavals und Hoovers meldet das halbamtliche englische Nachrichtenbüro, daß auch die Stablisierung der englischen Währung erörtert worden sei. In Amerika sei man der Ansicht, daß diese Frage einer der Hauptpunkte gewesen sei, die bei den Besprechungen zwischen Hoover und Laval über die internationale Devisenlage behandelt worden seien.

Der amtliche Bericht über die Besprechungen zwischen Hoover und Laval wird in amerikanischen Blättern noch weiter erörtert. Ein großes New-Yorker Blatt meint, daß dieser Bericht angesichts der gegenwärtigen internationalen politischen Lage ein Musterdokument sei. Er enthalte nicht feste Programmpunkte und erwecke auch nicht falsche Hoffnungen. Ein anderes New-Yorker Blatt führt aus, man dürfe ziemlich sicher annehmen, daß der Rahmen der Besprechungen zwischen Hoover und Laval viel größer gewesen sei, als in dem amtlichen Bericht zum Ausdruck komme. Weiter schreibt dieses Blatt, man könne mit Erleichterung feststellen, daß feste politische Wendungen nicht erfolgt seien, obwohl sicher sei, daß die politische Regelung der europäischen Fragen erfolgen müsse, bevor man an die Beseitigung der internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehen könne. Ein weiteres New-Yorker Blatt ist der Ansicht, man habe unmöglich erwarten können, daß Präsident Hoover den französischen Ministerpräsidenten dazu bewegen könnte, einer Beschränkung der Rüstungen zuzustimmen.

Auch die englische Presse befaßt sich noch mit dem amtlichen Bericht über die Besprechungen zwischen Hoover und Laval. Ein großes konservatives Blatt ist der Ansicht, man dürfe aus der vorsichtig abgefaßten Mitteilung schließen, daß Laval jedenfalls einen Erfolg in Amerika nicht gehabt habe. Ein anderes konservatives englisches Blatt legt besonderen Wert auf den Teil in der amtlichen Mitteilung, in welchem zugegeben werde, daß die Frage der Reparationszahlungen vor Ablauf des Schuldenfeierjahres zu regeln sei.



**Kabelbild von der Ankunft Lavals in Amerika**

Die Begrüßung des französischen Ministerpräsidenten bei seiner Ankunft in New-York. In der ersten Reihe von links: Stimson, amerikanischer Staatssekretär des Auswärtigen, Jimmy Walker, Bürgermeister von New York, Pierre Laval; zwischen Walker und Laval in der 2. Reihe die Tochter des französischen Ministerpräsidenten.

## Frankreichs weitere Pläne in der Reparationsfrage

**Paris, 27. Oktober.** Nach Gerüchten aus amerikanischer Quelle, die der **„New York Herald“** widergibt, soll Ministerpräsident Laval sofort nach seiner Rückkehr beabsichtigen, die französische Regierung um die Ermächtigung zur Einberufung einer Konferenz der an der Reparationsfrage interessierten Nationen einschließlich Deutschland zu ersuchen. Aufgabe dieser Konferenz würde es sein, über die Möglichkeit einer weiteren Reparationsherabsetzung zu entscheiden und einen neuen Zahlungsplan vorzubereiten, der Präsident Hoover als Ersatz für das am 1 Juli 1932 ablaufende Moratorium zur Begutachtung unterbreitet werden könnte. Diese Weltkonferenz würde nach allgemeiner Ansicht in Paris Ende November oder Anfang Dezember zusammentreten.

Andererseits **kommt** der **Außenpolitiker** des **„Echo de Paris“** in einem Kommentar auf seine Ankündigung zurück, daß die französische Regierung die Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Konsultativkomitees vorschlagen würde, und **fragt: Werde Deutschland den Rat,** den die französische **Regierung** ihm erteilen würde, befolgen und bei der Internationalen Zahlungsbank die Ernennung des Konsultativkomitees beantragen, das **während** des Moratoriums Deutschlands Zahlungsfähigkeit **abschätzen** soll? Wenn Deutschland ihn ablehnt, sagt das Blatt, und erklärt, daß alle Young-Plan-Klauseln einschließlich die betreffend das Konsultativkomitee durch das **Hooverfeierjahr bis zum 1. Juli 1932** aufgehoben seien, **wie werden sich dann die Vereinigten Staaten verhalten?** Sie haben ihre Aktionsfreiheit behalten, aber französischerseits wird versichert, daß sie versprochen haben, eine wohlwollende Haltung einzunehmen. Auf jeden Fall scheint es nicht so, daß wir künftighin eine neue rüstige Initiative Hoovers zu befürchten haben.

# Das Genfer Ergebnis

Die Ratsentschließung ist, wie bereits kurz gemeldet, von den Japanern abgelehnt worden.

**Annahme mit Einstimmigkeit weniger eine Stimme, das war Briands Formel für die Ablehnung. Die Zustimmung des Rats erfordert Einstimmigkeit. Indem die Japaner gegen die Entschließung stimmten, verliert diese jeden denkbaren Standort in der Sphäre des internationalen Rechts. Als ihr einziger Sinn bleibt bestehen, daß dreizehn Mächte gewünscht hätten, der Konflikt in der Mandschurei wäre auf Grund der Ratsentschließung gelöst worden.**

**Das ist das Ergebnis der außerordentlichen Ratstagung und ihrer Beratungen auf Grund des Artikels 11 der Satzungen.**

Bescheidene Gemüter sagen, es hätte noch schlimmer kommen können. Es hätte in der Tat noch schlimmer kommen können, wenn der Rat den Japanern grundsätzliche Zugeständnisse gemacht, diese in die Entschließung hineingearbeitet und den Chinesen diese Resolution aufzudrängen versucht hätte. Kompromißverhandlungen haben stattgefunden. Man hat sogar die auf 4 Uhr anberaumte Sitzung auf 5 Uhr verschoben. Diese Versuche sind gescheitert. Wie weit die Kompromißbereitschaft Briands ging, weiß man nicht. Es wird erzählt, es habe sich nur um Umstellungen in der Ratsentschließung gehandelt, derart, daß die Verhandlungen über die Grundfragen schon während der Verhandlungen über die Räumungsfristen beginnen sollten, ohne daß man deshalb ein Junctim zwischen beiden hergestellt hätte. Jedenfalls: wer auf dem Standpunkt steht, es sei schon viel erreicht, wenn der Rat keine verhängnisvollen grundsätzlichen Zugeständnisse in seiner Entschließung machte, der mag zufrieden sein.

**Aber daß der Völkerbund eine ganz schwere Niederlage erlitten hat, daran ist ja in Wirklichkeit nicht zu zweifeln. Seit September stehen japanische Truppen auf chinesischem Boden. Im September faßt der Rat einstimmig eine Entschließung, von der es klar war, daß sie nichts bedeutete. Heute wird eine Entschließung abgelehnt, die den Konflikt lösen sollte, und daraufhin geht der Rat auseinander.**

Ein Vorteil der heute abgelehnten Entschließung für die Zukunft ist der, daß der Rat sich bindet. Wird er unter Artikel 15 von den Chinesen erneut angerufen, so wird es ihm schwer fallen, von dem heute eingenommenen Boden sich wieder zu entfernen. Der Bericht, der dann vorgelegt werden muß, wird an den heute abgelehnten Grundsätzen der Streitregelung kaum vorbeigehen können.

**Aber viel schwerer wiegt, so ist zu fürchten, die andere Tatsache, daß der Rat die Entwicklung in der Mandschurei sich selber überläßt. Jeder Tag, jeder Augenblick kann dort Ereignisse bringen, die einen Zustand schaffen, für den überhaupt kein Rezept mehr gefunden werden kann. Hierin besteht die ungeheure Verantwortung, die der Rat, indem er auseinandergeht, auf sich nimmt: die schwerste Gefährdung für den Völkerbund und für die politische Entwicklung der nächsten Wochen überhaupt.**

Die Chinesen haben sich vorbehalten, schon vor der für den 16. November anberaumten nächsten Ratstagung an den Rat zu appellieren. Das ist ihr gutes Recht, das entspricht durchaus den Eventualitäten.

# Die letzten Telegramme

### Cypern

**Auf der Insel Cypern ist die Bevölkerung in ihrem Widerstand gegen die englischen Behörden jetzt dazu übergegangen, nach indischem Muster Salz selbst zu gewinnen. In Cypern besteht ebenso wie in Indien ein Salzmonopol. Die Polizei ist angewiesen worden, die Bevölkerung an der Salzherstellung zu behindern.**

### Einzug des Winters in München

**München, 26. Oktober.** **Ununterbrochener Schneefall in der vergangenen Nacht, der bis in die späten Vormittagsstunden mit unverminderter Heftigkeit anhielt, hat schnell zur Bildung einer hohen Schneedecke geführt und der Landeshauptstadt ein winterliches Gepräge gegeben. Der plötzliche Wintereinbruch hat im Verkehr empfindliche Störungen verursacht. Aus dem Alpenvorland werden gleichfalls starke Schneefälle gemeldet. Im Algäu liegt bereits 20 Zentimeter Schnee. Der Schneefall dauert an.**

### Spaniens Pläne

**Mit der Wirtschaftslage Spaniens und mit dem Staatshaushaltsplan für das kommende Jahr beschäftigte sich gestern der spanische Ministerrat. Nach einem Bericht eines französischen Nachrichtenbüros gab der spanische Finanzminister bekannt, daß der Staatshaushaltsplan Spaniens im laufenden Jahre einen Fehlbetrag von 250 Millionen Mark aufweise. Die spanische Regierung werde demnächst in einem Aufruf das Volk auffordern, die finanziellen Opfer zu bringen, die notwendig seien, um die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage Spaniens zu beseitigen.**

### Neuer Rekordflug England—Australien

**London, 27. Oktober.** **Der Fliegerleutnant Hamilton und sein Bruder sind vom Flugplatz Lympne in einem Kleinflugzeug nach Australien abgeflogen. Sie beabsichtigen, den Rekord England—Australien zu brechen.**

### Lieferwagen durchbricht geschlossene Bahnschranke

**Düren, 27. Oktober.** **In der vergangenen Nacht durchbrach zwischen den Bahnhöfen Düren und Langerwehe der Kraftwagen einer Hamburger Firma die geschlossene und beleuchtete Schranke und wurde von einem Personenzug erfaßt. Der Wagenlenker wurde schwer verletzt. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Sein ihn begleitender 60jähriger Vater war sofort tot.**

### Abgestürzt

**Zwei englische Militärflugzeuge stießen gestern bei einem Uebungsflug zusammen und stürzten ab. Drei Insassen wurden getötet, der vierte konnte sich durch Absprung mit dem Fallschirm retten. Im ganzen sind in diesem Jahr 64 englische Militärflieger tödlich verunglückt.**

# Was der Tag sonst noch brachte

In Paraguay ist es zu blutigen Studentenunruhen gekommen. In der Hauptstadt Asuncion rotteten sich Studenten vor der Privatwohnung des Präsidenten der Republik, Dr. Guggiari, zusammen und protestierten gegen die Politik der Nachgiebigkeit, die die paraguayische Regierung im Chaco-Konflikt gegenüber Bolivien einhalte. Die Studenten brachten Niederrufe aus und warfen dem Präsidenten die Fensterscheiben ein. Darauf stürmten sie die Zeitung „El Liberal“ und versuchten in das Regierungsgebäude einzudringen. Da alle Ermahnungen der Polizei nichts fruchteten, schritt schließlich das Militär ein und eröffnete das Feuer aus Gewehren und Maschinengewehren. 14 Personen wurden getötet und 30 verwundet. Außerdem wurde bis zum 31. März nächsten Jahres der Belagerungszustand verhängt.

*

Die Aeußerungen des Senators Borah haben auch in Prag ihre Wirkung nicht verfehlt. Die tschechische Presse kann nur schwer ihre große Bestürzung verbergen und beschränkt sich fast ausnahmslos darauf, die Berichte aus Washington so kurz wie möglich zu bringen und sich jeder Kommentare zu enthalten.

*

Zu dem Zusammenstoß des deutschen Frachtdampfers „Grazia“ mit einem russischen Unterseeboot wird gemeldet, daß die russischen Behörden das Bekanntwerden der Katastrophe verhindern wollten. Nach einer Wiborger Radiomeldung soll ein an den Dampfer gerichteten Funkspruch eine russische Küstenstation aufgefangen haben, worauf dem Dampfer verboten wurde, Berichte über das Unglück zu erstatten. In der Gegend der Unglücksstelle hatten in den letzten Tagen russische Flottenmanöver stattgefunden, an denen u. a. 5 Torpedobootjäger und 2 Kreuzer teilgenommen haben.

**Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten**

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch.** Für Handel und Wirtschaft: **Erich Loewenthal.** Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: **Erich Jaensch.** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Hans Schwarzkopf.** Verlag „Posener Tageblatt“.
Druck: Concordia Sp. Akc.
Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

## Rundfunkecke

**Rundfunkprogramm für Mittwoch, 28. Oktober.**

**Königswusterhausen.** 6.50: Von Berlin: Frühkonzert. 9: Berliner Schulfunk. 12: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend: Menuette und Wiegenlieder (Schallplatten). 14: Von Berlin: Schallplatten. 14.45. Kinderstunde. Kindertheater: „Der Mann im Monde“ (von Otto Wollmann). 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 18.30: Hochschulfunk. 18.55: Wetter für die Landwirtschaft. 19: Stunde des Beamten. 19.30: Weltpolitische Stunde. 19.55: Wetter (Wiederholung). 20: Von Breslau: Bunte Reihe. 21: Tages- und Sportnachrichten. 21.15: Von Langenberg: Uraufführung: „Das Bein“. 22.15: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Anschließend bis 0.30: Von Berlin: Tanzmusik.

**Rundfunkprogramm für Donnerstag, 29. 10.**

**Posen.** 7.15: Morgenzeitung. 11.40: Funkzeitung. 12: Zeitzeichen. 12.35—14: Uebertragung des Konzertes aus der Warschauer Philharmonie. 14: Börsen- und Marktnotierungen. 14.15: Landwirtschaftliche Berichte. 17.35: Von Warschau: Konzert. 18.50: Schulvortrag. 19.05: Plauderei. 19.10: Musikalisches Intermezzo. 19.25: Landwirtschaftliches Feuilleton. 19.40: Landwirtschaftlicher Funkbriefkasten. 19.55: Verschiedenes, Nachrichten. 20.15: Abendkonzert. In der Pause: Theater- und Funkprogramm. 21.25: Von Warschau: Hörspiel. 22.10—22.30: Zeit, Presse, Sport- und Polizeinachrichten.

**Warschau.** 11.40: Pat-Rundschau. 11.58: Zeitzeichen. 12.10: Wetter. 12.35: Konzert aus der Philharmonie. 14.45: Schallplatten. 15.15: Flugwesen, Nachrichten. 15.25: Bücherstunde. 15.50: Jugendstunde. 16.20: Französischer Unterricht. 16.40: Schallplatten. 17.05: Nachrichten vom Verband für Pferdezucht. 17.10: Vortrag. 17.35: Kammermusik. 18.50: Verschiedenes. 19.15: Für den Landwirt. 19.25: Programm für Freitag. 19.30: Schallplatten. 19.45: Presse, 20: Feuilleton. 20.15: Leichte Musik. 21.25: Hörspiel. 22.15: Schallplatten. 22.40: Presse, Wetter, Polizei- und Sportnachrichten. 23: Tanzmusik.

**Breslau-Gleiwitz.** 6.45: Für Tag und Stunde. Anschließend: Konzert auf Schallplatten. 9.10: Schulfunk. 11.35, 13.10, 13.50: Schallplatten. 12.10: Was der Landwirt wissen muß. 15.25: Kinderfunk. 15.50: Das Buch des Tages. 16.05: Aus dem Kaffee „Goldene Krone“, Breslau: Unterhaltungsmusik des Schwarz-Weiß-Orchesters. 17.15: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht. Anschließend: Prof. Dr. Konrad Olbricht: Droht eine Uebervölkerung der Erde? 17.45: Das wird Sie interessieren! 18.30: Hubert Henoch: Auswanderung. 18.45: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend: Heitere Abendmusik der Funkkapelle. 19.45: Wetter (Wiederholung). Anschließend: Walter Boehmer: Lebensräume der Erde (II). 20.15: Konzert der Schlesischen Philharmonie. 21.45: Eine Frau als Weltreisende: Hettie Dyhrenfurth 22.15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.45: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende“. 22.55—23.15: Martin Selt: Ein Ausflug ins Mittelalter. Von der „Beltafel“ bis zu den „Braven Männern“.

**Königswusterhausen.** 6.50: Von Berlin: Frühkonzert. 10.10: Schulfunk. 12: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend: Volksmusik (Schallplatten). 14: Von Berlin: Schallplatten. 15: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Von Berlin: Konzert. 17.30: Dr. Wilhelm Lotz: Die Formenwelt der Technik (II). 18: Hochschulfunk. 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55: Wetter für die Landwirtschaft. 19: Stunde des Landwirts. 19.30: Wert und Wirkung der Kunst. 19.55: Wetter (Wiederholung). 20—0.30: Uebertragung von Berlin.



# Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett) ---------- 30 Groschen
jedes weitere Wort ---------- 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

### Mietsgesuche

**Wohnung**
3 Zimmer, Küche, Badez., elektr. Licht vom Wirt. Luboń, Piłsudskiego 4.

### Möbl. Zimmer

**Möbl. Zimmer**
zu vermieten. Skarbowa 15, II, Wohn. 9.

**Möbl. Zimmer**
vermietet Działyńskich 2, Wohn. 7.

**Möbliertes**
Zimmer sofort frei. Spokojna 25 a, Wohn. 7.

### Geldmarkt

**14 000 zł**
auf schuldenfreies Landgrundstück als erste Hypothek gesucht. Off. unter **2027** an die Geschst. d. Zeitung.

**Wer verleiht 5000—6000 zł**
auf gute Landwirtschaft gegen gute Sicherstellung? Off. u. **2061** an die Geschft. d. Zt.

### An- u. Verkäufe

**Nähmaschinen**
bestes Fabrikat, billigst, auch gegen Teilzahlungen. Otto Mix, Poznań, Kantaka 6a.

**Tisch-Tennis**
Platte, vorschriftsmäßig, sofort gegen Kasse zu kaufen gesucht. Angebote u. **2065** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

**Selbstkäufer**
sucht bei größerer Anzahlung ein gutes modernes Zinshaus bei guter Verzinsung in bester Lage von Posen. Vermittler verbeten. Ausführliche Angebobe unter **2058** an die Geschst. d. Zeitg.

**Gebrauchte**
Möbel, Garderobe, verschiedene andere Gegenstände kauft und verkauft Nowy Dom Komisowy, Woźna 16.

**Kinderwagen für Zwillinge**
zu kaufen gesucht. Off. m. Preisangabe unter **2056** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

**Kaufe**
gebrauchten Eisenkessel von 2—2,50 m lang, von 1—1,75 m breit u. hoch. Off. mit Preisang. u. **2043** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

**Möblierte Zimmer**
vermieten Sie schnell u. billig durch die „KLEIN-ANZEIGEN“ im Posener Tageblatt.

**Wirtschaft**
200—400 Morg., mit etwas Wald, sowie dazugehörigem fließenden oder stehenden Gewässer zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten unter **1986** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

**Hausgrundstück**
bestehend aus 18 Zimmern, gute Lage der Stadt, zu jedem Geschäft geeignet, an einen ernstlichen Käufer zu verkaufen. Off. zu richt. u. **1943** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

### Stellengesuche

Ein arbeitsames, sauberes
**Dienstmädchen**
sucht Stellung. Off. u. **2038** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

**Junger Lehrer**
der das Seminar in Bielsko beendet hat, sucht sofort Stellung als Hauslehrer. Nähere Auskunft erteilt Dr. Zöckler, Poznań, ul. Zwierzyniecka 1. Deutsche Bücherei.

Suche für
**Wirtschaftsfräulein**
aus besserer Familie, welche einen hiesig. Haushalt selbständig geführt hat u. sich gern verändern möchte, anderweitig Stellung ab 1. 11. oder 15. 11. Off. u. **2063** an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

**Familienvater**
langjähriger Buchhalter, 54 Jahre alt, gesund, Deutsch u. Polnisch, arbeitslos und in großer Notlage, bittet dring. um Beschäftig. als Schreiber, Aufseher, Bote, Portier, Einkassierer (auch bei 100 zł monatlich). Off. u. **2014** an die Geschäftsst. d. Zeitg

**Stenotypistin**
Deutsch-Polnisch (Anfäng.), sucht Stellung, eventl. aufs Land. Offert. unter **2042** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

**Obermüller**
33 Jahre alt, verh., Leiter einer 60-Tonn.-Mühle, Hersteller konkurrenzfäh. Weizen- und Roggenmehle, vertraut mit wirtschaftlichen Arbeitsmethoden, Betriebsorganisation und Rationalisierung, sucht einen anderen Wirkungskreis, für bald od. spät Werte Angebote erbeten u. **2033** an die Gschst. d. Zeitg.

### Heirat

Gebildeter, junger, vermögend. **Landwirt** sucht die Bekanntschaft einer jungen gebild., gutsituierten Dame zwecks späterer **Heirat.** Ernstgemeinte Off. m. Bild u. **2060** an die Geschst. d. Ztg.

Landwirtstochter, ev., mit 22 000 zł Barvermögen u. guter Wäscheaussteuer sucht
**Lebensgefährten**
von 40—50 Jahren. Off. u. **2057** a. d. Geschst. d. Ztg.

### Verschiedenes

**4,90 złoty**



1 weiße Schürze mit Aermeln, weiße Kleiderschürze f. Damen von 5.90, schw. Kleiderschürze für Damen von 7.90 weiße Schürze für Herren v. 7.90, weiße Fleischerjacken von 4.90. Sämtliche Berufskleidung in großer Auswahl empfiehlt
Fabryka Bielizny [illegible]
J. Schubert
Poznań, Wrocławska 3.